

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der Kampf um den Maximalarbeitstag in den Vereinigten Staaten.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung im nordamerikanischen Bundesstaate vollzieht sich nicht nach dem Modus, der im Deutschen Reich und in der Schweiz giltig ist. Sie gebürt, soweit sie sich nicht auf die eigenen Arbeiter der Union erstreckt, nicht zur Kompetenz der Union, sondern ist Sache der Einzelstaaten.

So mannigfaltig auch die Programme und Programmpunkte der amerikanischen Arbeiter waren — eine organische Arbeiterbewegung besteht seit dem Anfang der dreißiger Jahre, dem Anfang der großindustriellen Entwicklung. Eine Forderung ist stets aufgetaucht, beständig festgehalten und mit seltener Zähigkeit immer und immer wieder betont worden, das ist die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit und die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages. Systematisch gehen die Arbeiter vor; ursprünglich verlangten sie den zehnstündigen Arbeitstag. Nachdem dieser fast überall erkämpft ist, stehen sie sofort auf der Wahlstatt mit dem Rufe: Maximalarbeitstag von 8 Stunden.

Der erste Anstoß kam aus einem der bedeutendsten Industriestaaten Nordamerikas, aus Massachusetts. Dieser Staat kommt in dem letzten (X) Census der Vereinigten Staaten vom Jahre 1880 in dritter Reihe, nach der Zahl seiner gewerblichen Anlagen, der Höhe des angelegten Kapitals, nach der Gesamtsumme der Arbeitslöhne, dem Werth der Rohstoffe und der fertigen Produkte. Es gab nämlich (nur Establishments, deren jährliche Produktion 500 Dollars übersteigt, sind aufgeführt) 1880 in Massachusetts 14 352 Establishments (Fabriken und Werkstätten) mit einem Kapital von 303 806 185 Dollars. An Löhnen wurden gezahlt 128 315 362 Dollars. Der Werth der Rohstoffe belief sich auf 386 972 685, der der fertigen Produkte auf 631 135 284 Dollars. Daß in Massachusetts die industrielle Technik sehr entwickelt ist, daß die Produktion auf großer Stufenleiter den Arbeitsprozeß reguliert, beweist die Thatfache, daß dort die Reizung vorherrscht, die männlichen „Hände“ soviel wie möglich durch Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen. Bereits kommen dort in den Industrien auf 107 Männer 69 Frauen, die höchste Verhältniszahl in den Vereinigten Staaten überhaupt. Der oben angeführte Gesamtlohn vertheilt sich 1880 auf 228 834 männliche Arbeiter über 16 Jahre, 105 976 Arbeiterinnen über 16 Jahre, und auf 17 445 Kinder. Uncle Sam hat seinem theuren Verwandten, Mr. John Bull, den Kunstgriff spielend abgesehen, wie man in immer größerem Maßstabe weibliche und kindliche Arbeitskräfte in den Dienst

der Maschinen spannt. Hat doch ein Baumwollensabrikant vor einem Beamten des arbeitsstatistischen Bureau von Massachusetts cynisch offen erklärt: „Wir beschäftigen nie Männer, wenn wir Frauen bekommen können, die ihre Arbeit ebensogut verrichten können, wie Jene, nicht nur wegen Verringerung der Produktionskosten, sondern auch wegen der geringen Gefahr des Streikens und sonstiger un- nöthiger Unzufriedenheit.“

Von hier also, wo eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich immer großartiger entwickelnde Industrie ihre naturgemäße Wirkung, das Entstehen einer festgegliederten Arbeiterbewegung bald im Gefolge hatte, begann die bald weit um sich greifende Agitation für den Maximalarbeitstag. Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts regte sich das Verlangen nach einer gewissen legalen Regelung der einschlägigen Verhältnisse zuerst bei den Bauarbeitern. Damals arbeitete man allgemein noch von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, d. h. im Sommer 12 bis 16 Stunden, im Winter 9—12 Stunden.

Die Beschwerden der arbeitenden Massen wurden immer lebhafter. Am 1. September 1832 fand zu Boston ein Arbeiterkongreß statt, der von Delegirten aus allen Theilen Massachusetts besetzt, unter der Leitung der „New England association of farmers, mechanics and other working men“, gemeinsam aber das Zehnstunden-System diskutierte. Die Hauptpunkte des aus diesen Beratungen hervorgegangenen Programms lauteten: Organisation der Arbeiterbevölkerung Neu-Englands, Verschärfung der Schulgesetze, Einführung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden. Der 20. Januar 1834 sah in Boston die Gründung eines allgemeinen Gewerkevereins, zur Feier dieses Ereignisses fand ein großer Umzug durch die Straßen statt. Die Regierung war den selbstständigen Bestrebungen der Arbeiter nicht weniger als freundlich gesinnt. Doch halfen alle Repressionsmaßregeln nichts.

Die Bewegung erfaßte immer mehr Industriestaaten. Die zwanzig Jahre 1830—1850 legen den Grund zu den zahlreichen, umfassenden Gewerkschaftsorganisationen, in dieser Zeit finden die Vorpostengeschichte, die Vorbereitungen statt. Zwar war noch kein Staat der Union soweit fortgeschritten, um den Zehnstundentag zu dekretiren, zwar

¹⁾ Vgl. W. Cape Tait: Die Arbeiterschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten, S. 65, Tübingen 1894, ein Buch, über das wir später einmal berichten werden. Es ist recht beachtenswert, bietet viel Material, ist unter der Leitung des kathechrischen Professor von Schönberg in Tübingen erschienen und zeichnet sich durch einen wahren Horror socialismi aus.

waren viele Arbeitseinstellungen, so in New-York, wie Massachusetts gescheitert, aber eine naturgesetzliche Erscheinung, wie dieser Kampf ums menschenwürdige Dasein, läßt sich wohl vorübergehend hemmen, nie aber dauernd zurückhalten, nie unterdrücken. Prinzipiell von hoher Wichtigkeit aber war es, daß in dieser ersten Periode (1830—1850) eine Staatsgewalt die Berechtigung der Arbeiterforderungen anerkannt hatte, nämlich die Union-Regierung. In einem Dekret vom 10. April 1840 ordnete der damalige Präsident der Union, van Buren, die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für alle öffentlichen Werkstätten der Vereinigten Staaten an. Diese Verfügung galt also nur für die im Dienste der Bundesregierung stehenden Staatsarbeiter; man erinnere sich, um Mißverständnisse zu vermeiden, an das oben über die Kompetenz der Union Gesagte. Die Eintheilung der Arbeitsstunden in den öffentlichen Werken war: 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit 1 Stunde Mittagspause vom 1. April bis Oktober, vom Oktober bis April von einer Stunde nach Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, mit einer Stunde für das Mittagessen, also im Sommer eine Arbeitszeit von 11 Stunden, im Winter von 8—10 Stunden, im Jahresdurchschnitt von 10 Stunden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Unionsregierung bereits zehn Jahre vor der Einführung der Zehnstundenakte in England (Fabrikakte von 1850) mit einer solch bedeutsamen gesetzgeberischen Maßregel hervortrat.

Politische Uebersicht.

Die Zolldebatten im deutschen Reichstage entrollen ein recht unerfreuliches Bild von den Bestrebungen der Majorität dieser höchsten Körperschaft des Deutschen Reiches. In der Dienstagssitzung handelte es sich um eine Zollherabsetzung auf die Einfuhr von Schweinen und Ferkeln. Der erste Redner, der ultramontane Herr v. Schalscha, seines Zeichens „Landwirth“, hielt eine begeisterte Rede für den Zoll; natürlich suchte er denselben mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß gerade der „kleine“ Mann davon profitieren werde. Deutschland wird von ausländischen Schweinen überschwemmt, das geht nicht länger, die „nationale“ Schweinezucht muß wieder zu Ehren gebracht werden. — Nach der Statistik ist das Schweinefleisch im Durchschnitt gestiegen: 1880 auf 122 Pf., 1881, 1882 und 1883 auf 128 Pf. Sprößling stieg 1880 auf 171, 1881 auf 173, 1882 auf 182, 1883 auf 184 Pf. Schmalz 1880 auf 162, 1881 auf 168, 1882 auf 183, 1883 auf 185 Pf. Im letzten Jahre 1884 sind allerdings die Preise der Schweine etwas heruntergegangen, aber das ist ganz erklärlich, wenn man die stets zunehmende Arbeitslosigkeit in Betracht zieht. Die Arbeitslöhne stehen auch in keinem Verhältniß zu der Preissteigerung der allererforderlichsten Lebensmittel und die Herren, welche so sehr für die Herabsetzung der nationalen Schweinezucht besorgt sind, drücken die Löhne der nationalen Arbeiter

Feuilleton. Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstädt.

(Fortsetzung.)

„Ihre Frau Tante muß, nach der Beschreibung, die Sie mir schon von ihr geliefert haben, wirklich eine höchst lebenswürdige Dame sein, und sie kommt mir vor wie einer jener heidnischen Drachen, die einen Schatz bewachen — meinen Schatz“, setzte er zärtlich hinzu.

„Ach, und doch sind wir von ihr abhängig!“
„Das ist ja eben das Furchtbare!“ rief Guido. „Sie Beide sind die Rosen, und das ist der riesige, unangenehme Dorn, der dazwischen steht. Wissen Sie, theures Fräulein, daß ich mir so jene alten bösen Feen denke, von denen unsere Märchenbücher erzählen: mißgünstig jeder Liebe und nur immer — im Besitze eines großen Reichthums — Unheil und Verderben brütend.“

„Ach, Sie haben vielleicht recht“, seufzte Flora, „und doch ist es meine Tante!“

„Und das allein schätzt sie vor meiner Tante“, sagte Guido düster; „denn ich fühle, wie sich in meinem Herzen ein Dämon regt, um mit wilder Gewalt die Schranken nieder zu werfen, die sich unserer Liebe noch entgegen stellen.“

„Um Gottes willen“, rief Flora erschreckt, „nur keine Uebereilung, Sie könnten Alles verderben; mäßigen Sie sich meinethalben!“

„Ich bin wie ein weiches Wachs in Ihrer Hand“, sagte Guido gerührt; „Sie, Flora, können mit mir machen, was Sie wollen. Aber um Eins bitte ich Sie — es ist mir versagt, Sie einmal in stiller, vertraulicher Stunde allein zu sprechen, nur immer im Flug, unter den Augen der Menge muß ich das Glück zu erhaschen suchen, Ihnen zu nahen — nehmen Sie hier meinen Schwur, hier unter den ewigen Eichen des Parks, unter jenem blauen Himmel, aus dem uns dort der erste freundliche Stern herniederblitzt: nie lasse ich Sie! Meine Seele gehört Ihnen, mein ganzes Dasein findet nur eine Berechtigung in Ihrer Liebe,

und wie ich Ihnen angehören will bis zum Tode, so sagen Sie auch mir, Flora, ob Sie die Meine sein wollen für jetzt und alle Ewigkeit! Wollen Sie, Flora? Sagen, geliebtes Herz — willst Du die Meine sein für immer?“ — Er hatte, zuerst mit einem scheuen Blick umher, ob sie von keiner Seite beobachtet werden konnten, seinen rechten Arm um ihre Taille gelegt. — „Willst Du, Geliebte?“

„Ja!“ hauchte Flora, und im Uebermaß seiner Gefühle — das andere Paar ging vor ihnen her und es lag schon tiefe Dämmerung auf dem Parke — drückte er den ersten seligen Kuß auf ihre Lippen.

„Oh, mein Gott!“ flüsterte Flora.
„So müßt' ich sterben!“ hauchte Guido. „Oh, wenn ich jetzt in jenes blaue Aethermeer hinaufschwäbe und im kühlen Grabe unten diesen Traum nur immer wieder und wieder träumen könnte!“

„Aber wir müssen fort!“ rief Flora, die jetzt erst darauf aufmerksam wurde, daß die Nacht schon hereinbrach. „Henriette, wir müssen nach Hause — was wird Mutter sagen, wenn wir so spät kommen!“

„Ja, gewiß!“ rief Henriette, die ebenfalls außerordentlich aufgeregt schien, „es ist so spät geworden, und wenn uns hier noch jemand Bekanntes begegnet! Lassen Sie uns jetzt hier abbiegen, dort ist der Ausgang, und wir haben den Schlüssel. Nein, Sie dürfen uns nicht länger begleiten!“

Und zurück zur Schwester tretend, nahm sie deren Arm und zog sie rasch der linker Hand von ihnen liegenden Pforte zu.

„Gute Nacht!“ lönte es ihnen nach.
„Gute Nacht!“ riefen die Mädchen zurück und eilten nun, so rasch sie konnten, dem elterlichen Hause zu.

Unterwegs sprachen sie auch kein einziges Wort mehr zusammen. Jede von ihnen war viel zu sehr mit den eigenen Gedanken beschäftigt und mochte ihnen selbst nicht gegen die Schwester Worte geben. Aber so leicht und selig fühlten sie sich, daß sie mehr über den Boden schwebten, als daß sie gingen, und erst an ihrer eigenen Thür fühlten sie, wie sie gelaufen waren, und mußten einhalten, um Athem zu schöpfen.

Zu Hause angekommen, machte ihnen die Mutter allerdings Vorwürfe, daß sie so lange geblieben, aber deren Aufmerksamkeit lenkten die beiden jungen Damen rasch durch die mitgebrachten Tücher ab, wobei sie der Mutter gegenüber ihren Herzen keinen Zwang anthaten und sich in voller Entrüstung über ein solches Geschenk aussprachen. Sie erklärten auch Beide, daß sie fest entschlossen wären, die Tücher nicht zu tragen, denn zum „öffentlichen Sclandal“ wollten sie wahrhaftig nicht in der Stadt herumlaufen.

Die gnädige Frau von Ringenbruch, die ihnen im Herzen freilich recht gab, aber doch auch die Klugheit nicht aus den Augen sehen wollte, hatte nur Mähe, die Töchter zu beschwichtigen. Sie waren ja nun doch einmal von der ihnen überhaupt freundlich gesinnten Tante abhängig, sie durften den Vater nicht zu sehr kränken und — ewig konnte es ja auch nicht mehr dauern.

Flora benutzte dann noch einmal die Gelegenheit, um ihre Meinung über das „scheußliche Dreck“, den Pinscher, auszusprechen. Den hielt sich die Tante doch nur einzig und allein zu dem Zweck, um andere Menschen damit zu ärgern. Auf den verschwendete sie ihre Liebe, und ihre Nichten benutzte sie nur dazu, um Galle und Bosheit an ihnen auszulassen — die liebe Tante.

Flora, das kleine, sanfte Wesen, war so heftig geworden, daß ihr die Thränen in die Augen traten. Nimen in dem Schmerze dachte sie aber trotzdem an ihr beschwichtigtes Kleid. Sie mußte es gleich mit einem andern vertauschen, und dann wurde das Mädchen herangerufen und ihm befohlen, es augenblicklich zu der oben im Hause wohnenden Näherin zu tragen, die es aber auf der Stelle uns recht gut repariren und nachher, und zwar noch heut Abend, herunterbringen sollte. „Sag' Du ihr nur, das anadige Fräulein brauche es nothwendig, und sie möge sich ein bißchen dazu halten.“

Kleine Ursachen.

Am nächsten Tage waren die gewöhnlichen Gäste wieder bis zur Mittagssstunde in Baumanns Restauration gewesen, auch der Amerikaner mit seinem Schwager. (Fortsetzung folgt.)

herunter, indem sie — so namentlich in Ostpreußen — bedürfnislose, ausländische Arbeiter engagiren. — Auch der Herr Abgeordnete Dr. von Heydebrand und der Vasa konnte nicht umhin, den „armen Mann“ für sich zu reklamiren und so wurde schließlich der erhöhte Zoll mit 133 gegen 106 Stimmen angenommen. — Den Arbeitern wird also das unentbehrliche Schweinefleisch wiederum verweigert und nicht nur dieses, sondern das Fleisch überhaupt. Denn nicht genug mit der Erhöhung des Zolles auf Schweine, auch auf die Einfuhr von anderem Fleisch hatte der bekannte Herr v. Kardorff eine Zollserhöhung von 12 auf 20 Mark beantragt. Die Einfuhr amerikanischen Fleisches hat den Herren Agrariern arge Verhinderungen verursacht und so bemüht sie sich, die „Nützlichkeit“ auch dieses Zolles zu deklariren. — Der Abg. Boß weiß vergeblich darauf hin, dass die Arbeiter jetzt schon mit Del und Salzkartoffeln vorlieb nehmen müssen und sich nur selten den „Luzus“ einer kräftigen Fleischspeise erlauben können; es half alles nichts, der Antrag Kardorff wurde angenommen. — Das fromme Centrum geht natürlich durch Dick und Dünn mit den Agrariern, trotzdem gerade in vielen von dieser Partei vertretenen Wahlkreisen die Armuth so offenkundig Dimensionen erreicht hat. Man bemüht sich einmal oft hin in die entlegenen Dörfer und kleinen Städte und man wird sehr, wie dem „kleinen Mann“, dem Tagelöhner und Handarbeiter die Thränen in die Augen treten, wenn man ihn nach seiner Ernährungsweise fragt; soll doch sogar noch das Del verweigert werden, welches von den Armen den Kartoffeln als Ersatz für das unerschwingbare Fleisch gebraucht wird. — Diese Vertheuerung der allernothwendigsten Lebensmittel wälzt eine ungeheure Verantwortlichkeit auf die Schultern Derer, die sie veranlassen haben; ob sich dieselben dieser Verantwortlichkeit wohl bewusst sind?

Zur Abwehr der geplanten Erhöhung des Zolles auf Nähfäden hat der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen Berlins“ an den Reichstag unterm 18. d. M. folgende Petition gerichtet: „Gegen Zehntausend Näherinnen aus allen Theilen Deutschlands haben bei dem hohen Reichstag petitionirt, die abermalige Zollerhöhung auf allomobilen Nähfäden nicht annehmen zu wollen, welche jährlich eine Mehrausgabe von 5-6 M. für sie ausmacht. Es würde ihnen damit eine indirekte Steuer auferlegt, doppelt so hoch als die von ihnen bisher bezahlte Klassensteuer. Da sie das Nähmaterial zu ihren Arbeiten selbst beschaffen müssen, so können sie diese Mehrausgabe nicht auf ihre Arbeitgeber abwälzen. Den ihnen theilweis noch unentbehrlichen ausländischen Nähfäden müssten sie bisher schon theurer bezahlen als den deutschen, nämlich das Chadwick-Garn um 5 pCt., das Clafische um 10 pCt. und das Brook'sche bis 40 pCt. In der Vorlage ist ein Zoll von 120 M. vorgeschlagen. In Wirklichkeit aber würde derselbe für das Nähmachinengarn, das auf Holzrollen in den Handel kommt und nur so für die Nähmaschine brauchbar ist, 240 M. sein, weil die Holzrollen, je nach Größe, durchschnittlich 50 pCt. wiegen; wie das einem Jeden einleuchtet, wenn er eine solche Rolle zur Hand nimmt. Der Nähfaden in Strähnen (offenen Lagen) soll mit 70 M. verzollt werden. Derselbe Faden aber, zum Einzelverkauf vorgefertigt, d. h. auf die Holzrolle gebracht, soll zilla 240 M. im Zoll auskommen? Wenn es bei dem bisherigen Zoll von 70 M. verbleibt, worum inständigst gebeten wird, so heißt das, wie oben ausgeführt, auf das Rollengarn ja ohnehin schon 140 M. zilla, also mehr, als die Rollnovelle gar beabsichtigt. Der projektirte Zoll von 120 M. für 100 Kilo würde 30 pCt. des Werthes betragen; ein Zoll, wie er im ganzen Tarife wohl nicht zum zweiten Male, auch nicht bei Vorzuggegenständen vorkommt. Bei eingehender Prüfung dieses Sachverhaltes wird der hohe Reichstag gewiß die kühnste Bitte der Näherinnen nicht verschlimmern wollen, die der ärmsten Arbeiterklasse angehören, und statt der wenigen, keineswegs nothleidenden Fabriken (siehe Göpinger Fabrik mit 15 pCt. Evidenzen. Red.) die ohnehin schlechtgeohnte nationale Arbeiter vieler Hunderttausend deutscher Näherinnen schätzen. — Bei der Abstimmung über diese geradezu himmelstreichende Zollposition wird sich zeigen, wer das Interesse des „armen Mannes“ und nicht minder der ärmsten Arbeiterinnen schätzen wird.

Der Kohlenzoll wird nun doch den Reichstag beschäftigen, trotzdem die sog. Freie Vereinigung des Reichstages (Schutzvöller) denselben wiederholt ablehnte. Der Abg. Merbach wird denselben im Reichstage beantragen und dabei von der Rechten, den Konservativen und Freikonservativen, sowie auch vom Centrum unterstützt werden. Zwar ist der geplante Zoll nur klein, aber Alles müßte täuschen, wenn nicht im Laufe der Beratungen die Nothwendigkeit eines höheren Zolles sich herausstellen sollte. Wie der „B. C.“ mittheilt, sollen vorläufig Braunkohlen 3 M. und Steinkohlen 5 M. tragen. Roals, Torf und Torfsohlen will der Antrag frei lassen. Von demselben Abgeordneten sind ferner folgende Zollträge beantragt worden: für Eisenlagerdraht 8 M., Stahlträgerdraht 16 M., Kragen und Kragenbeschläge 72 M., Kautschukdruck-

tücher für Krablen und Kragenleder, künstliches für Kragenfabriken 30 M.

Zur Illustration des „Segens“ der Strafanstaltsarbeit dient u. A. eine beim Reichstage eingegangene Petition der Bläschweber des Kreises Solingen. Die Petenten konstatiren, daß durch die Konkurrenz der Strafanstaltsarbeit in ihrer Branche, die Arbeitslosigkeit größere Dimensionen annimmt und die Lebenshaltung des freien Arbeiters sich immer schwieriger gestaltet, so daß er seinen Pflichten als Mensch und Staatsbürger nicht gerecht werden kann.“ In den verschiedenen Strafanstalten sind gegenwärtig nahezu 1500 Gefangene als Bläschweber beschäftigt. Selbstverständlich kommt die von diesen angefertigte Waare viel billiger zu stehen, als ein Hausindustrieller Arbeiter sie liefern kann. In Folge dessen, so erklären die Petenten, liegt die Bläschweberindustrie im Kreise Solingen sehr darnieder, so daß allein von den Bläschwebern durchschnittlich 400 zu feiern gezwungen seien, während die Beschäftigung und der Verdienst der Uebrigen sehr ungenügend sei, so daß die Weber einer großen Zukunft entgegengehen, wenn nicht seitens der Gesetzgebung baldigst die Konkurrenz der Strafanstaltsarbeit beseitigt werde. — Die Petition wurde von der Petitionskommission auf Antrag des Referenten, Abg. Frohme, der Arbeiterschutz-Kommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Im Bundesrathe soll — wie der „Nat. Stg.“ mitgetheilt wird — Bayern einen Antrag gestellt haben, ausländisches Bier mit einer neuen staatlichen oder kommunalen Steuer zu belegen. Der Antrag hat indessen keine Zustimmung gefunden. — Bezüglich des Anschlusses eines Theils von Cuxhaven an das Zollgebiet, der bisher zum Freihandgebiet Hamburgs gehört, lautet der Beschluß des Bundesrats: Der bisher zum Freihandgebiet Hamburg gehörige Theil von Cuxhaven wird vom 1. April d. J. ab dem deutschen Zollgebiete angeschlossen und die in der bezeichneten Anlage vorgeschlagene Aenderung der jetzigen Zollgrenze genehmigt; die Nachversteuerung in dem angeschlossenem Gebietsheil geschieht nach Maßgabe eines besonderen Verordnungs-Entwurfs; der Vollzug des Anschlusses, die Nachversteuerung inbegriffen, wird einer einzusetzenden Kommission von zwei Mitgliedern übertragen, von denen das eine der Provinzial-Steuerdirektor zu Hannover, das andere der Senat der freien und Hansestadt Hamburg ernannt. Von dem Ertrage der Nachsteuer nach Abzug der Erhebungskosten werden 40 Prozent der freien und Hansestadt Hamburg überwiesen, 60 Prozent aber zu den Einnahmen des Reiches verrechnet.

Die für das Jahr 1888 geplante nationale Gewerbe-Ausstellung scheint nicht die Zustimmung der russischen Regierung zu finden. Die „B. Vol. Nach.“ widmen dieser Ausstellung nämlich einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt: „Die ersten großen Ausstellungen, welche in verhältnißmäßig langen Zwischenräumen einander folgten, hatten den Zweck, eine Vergleichung der Fortschritte der Industrie zu ermöglichen und dieselben haben dadurch der Entwicklung unserer Gewerbe außerordentliche Dienste geleistet; von Ausstellungen, die in kurzen Zwischenräumen aufeinander folgen, sind solche Resultate nicht zu erwarten. Was Neues und Vortreffliches auf den Gebieten der Industrie geleistet werden kann, wird voraussichtlich in diesem Jahre in Antwerpen zur Erscheinung gelangen und es ist nicht anzunehmen, daß bis zum Jahre 1888 ein solcher Fortschritt gemacht sein wird, daß die Oester, welche eine Ausstellung erfordert, lohnend erscheinen können.“ — Unserer Ansicht nach wird die Ausstellung aus anderen Gründen fallen lassen.

Die Demokratische Partei in Rheinland und Westfalen hielt am 18. und 19. ds. Mts. ihren ersten Parteitag in Düsseldorf ab. Dem Parteitag folgte am 19. eine öffentliche Versammlung, in der Herr Rechtsanwalt Lenzmann das Referat hielt. Derselbe wandte sich in scharfer und schneidiger Weise gegen die „Fusion“ und erklärte u. A.: „Eugen Richter herrsche nicht, wie man oft sagt, in dieser Partei, sondern er werde selbst beherrscht von Geistern wie Hamberger, Jordans.“ — Redner tritt ferner ein: „Neuerung Richter, er (Richter) hoffe die Demokratie noch mehr als er den Reichstänzer hoffe. Den anwesenden Sozialdemokraten wurde das Wort durch einen Schlusssatz abgehandelt.“

Belgien.
In der belgischen Kammer verlas der Ministerpräsident Vermeert ein Schreiben des Königs, in welchem derselbe die Ermächtigung verlangt, den Titel „Souverän des Kongostaates“ anzunehmen. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß der neue Staat vollkommen unabhängig sein werde und daß es zwischen beiden Staaten sich nur um ein persönliches Band handeln solle. Belgien solle mit Rücksicht auf den Kongostaat keine besonderen finanziellen noch militärischen Lasten tragen. Vermeert schlug im Namen des Kabinetts vor, dem König die Ermächtigung zur Führung des Titels „Souverän des Kongostaates“ zu ertheilen. Das Kabinet stütz sich hierbei auf den Artikel 62 der belgischen Verfassung. Die Kammer überwies den Antrag zur Prüfung an die Sectionen.

der ausdrücklichen Weisung an Madame Dupré, daß sie ihn rufen möge, sobald sich eine Aenderung in dem Zustande des Grafen sich zeige.
Die Nacht verging. Obwohl sich Fritz nicht entkleidet und wenig geschlafen hatte, war er bereits in aller Frühe aufgestanden, um sich nach dem Befinden des Kranken zu erkundigen. Als er eben sein Thürrgemach verlassen wollte, kam ihm Madame Dupré mit einer verzweifelten und verstörten Miene entgegen.
„Ist etwas vorgefallen?“ fragte Fritz, der ihre Angst und Verzweiflung auf ihrem Gesicht las.
„Ach, Herr Doktor!“ jammerte die Frau. Sie werden böse sein, sehr böse, wenn ich Ihnen sage, was geschehen ist. Aber ich konnte nicht dafür, die Natur fordert doch endlich ihr Recht.“
„Ah, ich errathe.“ versetzte Fritz. „Sie sind eingeschlafen im Zimmer des Grafen wie vor einem Jahre.“
„Ich bin eingeschlafen, Herr Doktor.“ jammerte die Frau, „so sehr ich auch gegen meinen Schlaf ankämpfte. Ach, ich that Alles, um meine Müdigkeit zu überwinden. Ich ging im Zimmer umher, ich leuchtete mir wiederholt die Augen, ich vermied es sogar, mich zu setzen; aber sehen Sie, man ist nicht mehr jung.“
„Ich weiß das zu entschuldigen, Madame Dupré.“ unterbrach sie Fritz. „Dazu kommt die Erschöpfung von den mehrmaligen Nachwachen — so hat die Müdigkeit Sie doch endlich überwältigt.“
„Ganz recht; die Müdigkeit hat mich doch endlich überwältigt. Ohne daß ich es wußte, bin ich in den Stuhl zurückgesunken; die Augen fielen mir zu; aber es können nur wenige Minuten gewesen sein.“
Und ist inzwischen etwas Auffallendes geschehen?“ fragte Fritz, lebhaft gespannt.
„Das ist's ja eben, was mich so verzweifelt macht. Als ich mich in den Stuhl niedersetzte, schlief der Graf ganz ruhig und anscheinend fest. Ich dachte bei mir, daß er wohl viel zu schwach sein würde, um sich wieder aufzurichten; es war außerdem noch eine Stunde hin, bis ich ihm die Medizin zu reichen hatte.“
„Und diese Ihre Verurteilung.“ unterbrach sie Fritz

Frankreich.
Das neue Cabinet bemüht sich, die öffentlichen Angelegenheiten mit seinen Anhängern zu besetzen. „Temp“ wird auch der Kaiserliche Präfect durch Stragnon, bisherigen Sekretär der Polizei, ersetzt werden. — Bei den neulichen partiellen Generalwahlen waren zwei Stichwahlen nothwendig gemacht worden, die in dem Departement der Haute-Garonne der französische Kandidat mit schwacher Majorität über seinen christlichen Konkurrenten siegte und damit den Republikanern erhalten. In dem anderen Departement (et-Loire) hingegen triumphierte der Monarchist und ging demnach den Republikanern verloren. Die Wahlen sind natürlich nicht wenig stolz auf diese in letzter Zeit die Republikaner errungenen Wahlsiege, die sich im Aufstehen belaufen.

Dänemark.
In Kopenhagen fanden am 19. d. M. zwei große Versammlungen statt, deren eine von der Arbeiterpartei, andere von den Konservativen einberufen war. Wie die Zeitung berichtet wird, marširten die verschiedenen in geschlossenen Kolonnen und mit klingenden Fahnen dem Plage, wo sie sich um eine mit rothem Stoffe besetzte Tribüne versammelten. Die Volksmenge betrug bei der Öffnung der Versammlung mehr als 60000 Personen. Hauptredner waren die sozialistischen Volksbildungsarbeiter und Holm, und der Zweck der Versammlung war ein energischer Protest der Arbeiter gegen das Provisorium. Folgende Resolution kam schließlich zur Abstimmung: „Die Versammlung erklärt, daß die gegen die Verfassung verstoßen und daß das Verbleiben des Ministeriums am Staatsruhr eine fernere weitere Bedrohung des Volkes ist. Die Versammlung fordert die Einnahme auf, schonungslos für die Entfernung des Ministeriums und für die Aufrechterhaltung der Souveränität auszuhalten durch seine Repräsentanten, zu kämpfen. Die wäntige Bewegung wird in politischer und sozialer Hinsicht Fortschritt und zum Verständniß der Nothwendigkeit der vollen Reformen führen. Für diese wird die Sozialdemokratie kämpfen, aber sie können nur durchgeführt werden, wenn der Kampf mit dem Siege des Volkes geendet wird.“ Die Versammlung erklärte, daß sie eine aus dem Volke herorgegangene Regierung verlangt. „Die Verfassung und die Redner wurden ausgebracht dem lang andauernden allgemeinen Auf: „Nieder mit den Verleihen die Menschenmassen den Treizierplatz in der Ordnung.“ Die Versammlung der Konvention nahm eine Resolution an, in welcher gesagt wird, daß die Behalten des Volkstheils ein für das Land verwerflich seien, daß die Versammlung von der Regierung, aber auch die Anwendung der ihr beigelegten Gewalt und daß sie die Regierung in ihrem Kampfe zur Wahrung der Autorität der Krone und der verfassungsmäßigen Vertheilung der Staatsgewalten unterstützen wird. Die Versammlung erklärte, daß sie die Verfassung nicht nur als ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung betrachtet, sondern so war doch in allen Kavernen das Militär von 4 Regimenten und die ganze Polizeimacht auf verschiedene Konzentriert. Die Wachtposten in der Siladelle waren einigen Tagen verständig, und die Patronen alle in schwarzen Patronen versehen. Auf dem Hauptplatze kampirten mehrere gleichfalls mit schwarzer Munition Abtheilungen die ganze Nacht.

Großbritannien.
Der Prinz von Wales hat sich wieder nach Dublin begeben. Auf der Rückreise wurde derselbe auf zwei Stationen mit feindlichen Demonstrationen empfangen. Unterhaufe wurde gelegentlich der Sozialberathung rinetals von der Regierung die Erklärung abgegeben, daß eine englische Flotte sei, mit den Flotten anderer Mächte, so daß, wie sie zu irgend einer Zeit im Zeitraum von 1874 bis 1880 gewesen sei, und alle jetzt im Bau begriffenen Schiffe fertig seien, als die vereinigten Flotten von irgendwelchen Mächten. Im höchsten Maße befriedigend sei die Weise, in welcher die Schiffe in den letzten Jahren Dienst hergerichtet worden seien, die Admiralität könne einer Flotte von 7000 bis 8000 Matrosen, ohne die Reserve zu müssen, für den Seedienst bereit haben, sich der Reserve könne sie auf 20000 Matrosen rechnen. Schiffe seien, von den Kreuzern und Komonenhenschiffen, 10 Panzerschiffe und 8 Schiffe für die Küstengewehrung bereit und könnten im Nothfalle in weniger als 14 Tagen demann werden. — Gladstone theilte im Unterhause mit, daß die Regierung sei weder von der Regierung von Deutschland, Oesterreich oder Frankreich eine darüber zugegangen, daß die letzteren drei Mächte bezüglich der Schließung der Darbanelen Verfassungsmacht hätten. — Dem Unterhause ist eine Vorlage

142 **Gesucht und gefunden.**
Roman von Dr. Dux.
(Fortsetzung.)
Sie schien in unablässiger Furcht zu leben, daß das Geheimniß, welches sie mit der äußersten Aufopferung ihrer Kräfte wahrte, durch das Gebahren ihres Vaters während der Krankheit verrathen werden möchte. Sie war deshalb in beständiger Unruhe, daß eine Person um ihn sein möchte, welche die gemachte Entdeckung nicht bei sich bewahre, durch welche das, was bis dahin tiefstes Geheimniß war, zum Schreden oder zur Schande der Familie bekannt werden möchte.
Fritz hatte gar wohl erkannt, was sie nach dieser Richtung hin befürchtete, und ohne ihr zu sagen, daß er ihre Gedanken errichte, hatte er ihr mitgetheilt, daß auf seine Anordnung während der Nacht Niemand als Madame Dupré anwesend sei, daß er dieser Frau aufgegeben habe, ihre Beobachtungen Niemandem, also ihm, dem Arzt, mitzutheilen.
Nur kurze Zeit der Ruhe gönnte sich Fritz, da eilte er ins Krankenzimmer zurück, in der Besorge und Ueberwachung des Kranken die treue Seele Madame Dupré ablösend, welcher man die Erschöpfung von den gehalten Anstrengungen bereits auf dem Antlitz las. Sie ließ es sich trotz ihrer Erschöpfung nicht nehmen, auch diese Nacht noch allein bei dem Grafen zuzubringen.
Erst spät am Abend verließ Fritz das Krankenzimmer, nachdem er die nöthigen Anordnungen getroffen, und nachdem er Madame Dupré Verhaltungsmahregeln gegeben, für den Fall, daß sich bei dem Kranken besondere Symptome zeigen sollten. Doch es war dies kaum zu fassen.
Die gewaltsamen Aufregungen des Kranken hatten ihn zusehends so erschöpft, daß kaum noch anzunehmen war, er werde durch einen übernatürlichen Reiz seines Nervensystems die Kraft gewinnen, sich im Bette aufzurichten.
Madame Dupré sah in dem gepolsterten Sessel zu Haupten seines Bettes. Die Vorhänge waren zurückgezogen. Der Graf schien zu schlafen, als Fritz sich entfernte mit

vom Neuen, „trug dazu bei, daß Sie Ihre nicht widerstehen konnten. Ich erkläre mir aber sprechen Sie, was ist geschehen?“
„Herr Doktor.“ antwortete sie, und ihre Stimme den Ton eines leisen Flüsterns an, „es ist geschehen. Sie sahen damals, verglichen Dinge nur dem Arzt anvertrauen, ich sage es auch Niemandem habe ich's gesagt. Es war genau wie damals, als ich an seinem Lager war.“
„Wie? Trotz seiner Schwäche hatte sich der seinem Bette erhoben.“
„Hat sich von seinem Bette erhoben, hat Gänge eine Fadel geholt, wie damals. Ich sah in dem Augenblicke, als ein kalter Luftzug über ihn berührte. Da stand er, nur mit seinem Hemde bekleidet, an dem geöffneten Fenster. . . .“
„Herr Doktor, er, in der Fieberhige der letzten ausgelegt — so sah ich ihn, die Fadel zum Kopf aus schwingend. Es überläuft mich eiskalt vor Schreck laum eines Wortes mächtig. In einiger Zeit konnte ich einen Angstschrei hören und dieser Schrei brachte ihn zu sich. Die Fadel hinab, wandte sich dann zu mir und mir ins Auge, völlig wie geistesabwesend; mir brach er zusammen. Da ich ihn nicht allein ließ, so brachte ich ihn zu mir.“
„Und wann war das?“ fragte Fritz.
„Wieder um die Mitternachtsstunde, wie damals.“
„Sie finden bei mir Entschuldigung.“ antwortete er, „nachdem er finnen eine Weile geschwiegen, auch bei Andern Entschuldigung dafür finden, daß er schliefen; vielleicht ist das, was geschehen ist, die schlimmste. . . . Gehen Sie, legen Sie sich zu schlafen Sie diesen Tag, falls es nöthig ist, auch die nächste Nacht noch wachen; ich meine kaum, daß dies nöthig ist.“
Als die Frau ihn verlassen hatte,

ung von 11
selbe Vorlage
Granville einge
Am Dienst
Frankreich
von der Antwo
bung wegen
nicht befr
bis 4 Uhr
Hierauf theilte
Zeit dem dipl
Worte das
lig habe. R
Belehr mit d
Verlängerung
abgelehnt. —
rung beschloß
gültig aus d
Soldaten Eng
setzen“. Es w
überhaupt h
lich die
Kaiserlich
gegen Osman
brochen ist, die
Niederlage erl
funden um die
überflüssig er
auf Alger
ihnen versproch
gehabten Sign
wurde besafol
Geld zu richt
zahlung der
wären, ohne d
— Der Gran
nicht abereile
Aus Ca
Kaufstücken
worin die Bef
erklärt wird,
1878 den Reg
lunglos gema
der Barzellitru
spektoren wege
Er behauptet,
er zu Lode ge
dieser Umfän
der Schlacht
sterben.“ —
— Dem
weise gemelde
in die Hände
alle Vertheidig
— Der
Vorberathung
Abänderu
Städtver
Dienstag Ab
sicher's De
schlossen, der
die Geschäft
glied der Ge
mehrmals ge
geschloßen in
Städte-Ordnu
Stadtverordn
Zustimmung
lassen und da
zur Aufrechte
Straßen zu b
bis zu 15 M
lungen in der
Wahlperiode
lung besieden
über die Stre
Zu widerhand
der Gemeinde
schluß der S
migung oder
Aufsichtsbeh
Versammlung
beim Besl
vornehmen
können zur
Verfahren ein
Lange, den
sigen.
Es sch
welche vertre
war Alles,
Das
unberührt.
Er kan
begeben, frei
sein Besuch
überzeugte i
wohl zum
sein Zustand
Symptome
sich einzust
nervösen A
das Bild e
Menschen.
Es lag
Agathe das
ihrem Zimm
Vater, desse
höherem Gro
und entkräft
und wehklag
am Bette ih
Er öffn
ihre Nähe r
So kan
Tagesgestir
immer schw
nun das B
Madam
bei dem Kre
wesenheit i
Krankenzim
rufe, wenn
oder wenn
schlimmere.

zung von 11 Millionen für Kriegszwecke zugegangen. Die-
selbe Vorlage wurde auch im Oberhause vom Staatssekretär
Granville eingebracht.

Ägypten.

Am Dienstag früh erklärte der diplomatische Agent
Frankreichs, Rubar Pascha, daß die französische Regierung
von der Antwort Ägyptens auf ihre Forderung einer Genug-
thuung wegen der Unterdrückung des „Vosphore Ägyptien“
nicht befriedigt sei. Er lasse der ägyptischen Regierung
bis 4 Uhr Nachmittags Zeit zur weiteren Antwort.
Darauf theilte Rubar Pascha Nachmittags um die angegebene
Zeit dem diplomatischen Agenten Frankreichs mit, daß die
Pascha das Verfahren der ägyptischen Regierung gebil-
digt habe. Rubar fügte hinzu, er stehe noch in telegraphischem
Verkehr mit der englischen Regierung und litte um
Verlängerung der Frist. Die Verlängerung der Frist wurde
abgelehnt. — „Daily News“ zufolge hat die englische Re-
gierung beschlossen, die Truppen des Generals Graham unver-
züglich aus dem Sudan herauszuführen, „um die besten
Soldaten Englands nicht länger dem dortigen Klima auszu-
setzen“. Es würde dies die Aufgabe des Feldzeuges im Sudan
überhaupt bedeuten. — Der Zweck heiligt bekanntlich
die Mittel und so ist es erklärlich, daß eng-
lischerseits Nachrichten in die Welt gesetzt werden, nach denen
gegen Osman Digma und den Mahdi eine Empörung ausge-
brochen ist, die Anhänger des Propheten sollen sogar eine
Niederlage erlitten haben. Die Nachricht ist jedenfalls er-
funden um die feineren Anwesenheit englischer Truppen als
überflüssig erscheinen zu lassen. — Die durch das Bombardement
auf Alexandrien Geschädigten warten noch immer auf die
ihnen versprochene Entschädigung. In der am 19. d. M. statt-
gehabten Sitzung der internationalen Entschädigungskommission
wurde beschlossen, an den englischen Minister Granville das
Gesuch zu richten, die besten Mittel für die unverzügliche Aus-
zahlung der Alexandriner Entschädigungsforderungen zu er-
wägen, ohne das Vorgehen der fremden Parlamente abzuwarten.
— Herr Granville wird sich voraussichtlich bei den Ermüdungen
nicht überleben.

Amerika.

Aus Canada wird gemeldet: Riel, der Führer der
Aufständischen in Manitoba, hat ein Manifest erlassen,
worin die Beschwerden der Nischlinge rekapituliert werden und
erklärt wird, daß dieselben in den Jahren 1876, 1877 und
1878 den Regierungsbehörden dringliche Vorstellungen wirt-
lungslos gemacht hätten. Er tadelt die Vandalen wegen der
Verzerrung der Vandalen der Nischlinge und die In-
spektoren wegen der Entziehung ihrer Holz- und Wasserrechte.
Er behauptet, daß er nicht den ersten Schuß abfeuerte und daß
er zu Tode gehet werde. Das Manifest schließt: „Unter
diesen Umständen, da Tod durch Entersand oder in der
Schlacht unser Loos sein muß, müssen wir kämpfend
sterben.“
— Dem Reuterschen Bureau wird aus Ottawa gerichtet,
weil gemeldet, daß Fort Pitt nördlich von Battleford sei
in die Hände der Insurgenten gefallen, man befürchte, daß
alle Wehrdiger niedergemetzelt seien.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur
Vorberathung der Frage betreffend die Ergänzung resp.
Abänderung der Geschäftsordnung für die
Stadtverordneten-Versammlung, welcher am
Dienstag Abend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vor-
sitzers Dr. Strakmann eine Sitzung abhielt, hat be-
schlossen, der Versammlung vorzuschlagen, eine Bestimmung in
die Geschäftsordnung dahin aufzunehmen, daß, wenn ein Mit-
glied der Versammlung die Amtsverschiebung wiegenheit
mehrmals gebrochen hat, dasselbe aus der Versammlung aus-
geschlossen werden kann. Dieser Beschluß hat den § 48 der
Stadtoverordneten-Verordnung zur Grundlage, welcher lautet: „Der
Stadtverordnete-Versammlung bleibt überlassen, unter
Zustimmung des Magistrats eine Geschäftsordnung abzu-
fassen und darin Zwangsmaßnahmen der Mitglieder gegen die
zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften mit
Strafen zu belegen; diese Strafen können nur in Geldbuße
bis zu 15 M. und bei mehrmals wiederholten Zuwiderhand-
lungen in der auf eine gewisse Zeit oder für die Dauer der
Wahlperiode zu verhängenden Ausschließung aus der Versamm-
lung bestehen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt
über die Strafen, welche gegen Mitglieder derselben wegen
Zuwiderhandlungen gegen die Geschäftsordnung nach Maßgabe
der Gemeindeverfassungsgesetze zu verhängen sind. Der Be-
schluß der Stadtverordneten-Versammlung bedarf keiner Geneh-
migung oder Bestätigung von Seiten des Magistrats oder der
Ausschichtsbehörde. Gegen den Beschluß der Stadtverordneten-
Versammlung findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren
beim Verwaltungsamt binnen zwei Wochen statt. Die Stadt-
verordneten-Versammlung, beziehungsweise der Magistrat,
können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreit-
Verfahren einen besonderen Vertreter bestellen.“

Lange, den Kopf in die Hand gestützt, an seinem Tische
sitzend.

Es schmerzte ihn, daß er die Hoffnung aller Derer,
welche vertrauensvoll auf ihn blickten, täuschen mußte. Es
war Alles, Alles vergebens gewesen! —
Das Frühstück, das ihm aufgetragen wurde, ließ er
unberührt.

Er stand auf, um sich nach dem Krankenzimmer zu
begeben, freilich mit dem niederdrückenden Bewußtsein,
daß sein Besuch dort völlig nutzlos sei. Der Anblick des Kranken
überzeugte ihn denn auch, daß seine Voraussage, er werde
wohl kaum diese Nacht überleben, sich bestätigen müsse.
Sein Zustand war der eines völlig Erschöpften, und die
Symptome eines Todeskampfes begannen schon allmählich
sich einzustellen. Es war nun nicht mehr die Rede von
nervösen Aufregungen, nein, der Kranke bot jetzt
das Bild eines an völliger Nervenzerrüttung sterbenden
Menschen.

Es lag ihm nun die traurige Pflicht ob, der Gräfin
Agathe das zu sagen. Die Unglückliche, sie hatte sich in
ihrem Zimmer gewaltsam fern gehalten von ihrem geliebten
Vater, dessen Leiden sie wie eigene, ja vielleicht in noch
höherem Grade, mit durchgelämpft. Auch sie war erschöpft
und entkräftet durch ihren unsäglichen Schmerz. Jammernd
und wehklagend eilte sie in das Krankenzimmer und kniete
am Bette ihres Vaters.

Er öffnete die Augen nicht mehr, er sah sie nicht mehr,
ihre Nähe regte ihn nicht mehr auf.

So kam der Abend, und mit dem Verlöschen des
Tageslichts schien auch das Lebensflämmchen des Kranken
immer schwächer und schwächer zu glimmen. Agathe verließ
nun das Bett ihres Vaters nicht mehr.

Madame Dupré fand sich ein, um diese Nacht wieder
bei dem Kranken zu bleiben. Friß erklärte, daß seine An-
wesenheit hier nichts mehr nützen könnte; er verließ das
Krankenzimmer wieder mit der Weisung, daß man ihn
rufe, wenn sich etwas Außerordentliches ereignen sollte,
oder wenn der Zustand des Kranken sich bedenklich ver-
schlimmere.

Lokales.

Auf dem Steglitzer Bahnhofstrain herrschte in der
Nacht zum Dienstag eine fieberhafte Thätigkeit, es galt, in der
kurzen Frist, in welcher keine Bälge von Berlin abgelassen wer-
den, das für diese Bälge bestimmte Geleise (das rechte) zu ver-
legen und damit die zweite vollendete Doppelüberführung im
Bahnhofs dem Verkehr zu übergeben. Die Arbeiten gingen
glatt von Statten, und es steht nun der Beendigung der in
letzter Zeit mit großer Energie betriebenen Arbeiten nichts mehr
im Wege. Es bleibt noch zu vollenden eine vollständige
Doppelüberführung, eine Haupttreppe zum Mittelperron und
— die bedeutendste Arbeit — die Regulierung und Tiefer-
legung der Albrechtstraße. Der gesammte Bahnverkehr der
Potsdamer Bahn wird zur Zeit auf den oben erwähnten bei-
den neuen Geleisen geleitet. Hierzu bemerkt die „Nat. Zig.“:
„Auf Grund persönlicher Anschauungen können wir nur den
entschiedenen Rath ertheilen, bis zur Fertigstellung der Arbeiten,
an Sonn- und Feiertagen unter keinen Umständen der Arbeit zu
besuchen. Daß jetzt bei starkem Andrang des Publikums große
Gefahr vorhanden ist, steht fest. Die Beleuchtung des Bahn-
hofs ist eine unzureichende; an tiefen Ausschachtungen vorbei,
zwischen Erdbergen hindurch, über Planken hinweg, die beim
Nachgeben die Passanten in Gräben stürzen lassen würden,
durch einen Hohlweg, der bei weitem nicht für großen Andrang
ausreicht, muß das Publikum sich seinen Weg suchen. Und was
das schlimmste ist: Wer nicht erst im letzten Momente
kommt, der muß von der Südseite des Ortes aus die Geleise
erst kreuzen um in der Bahnhofshalle zu warten und sie dann
noch einmal kreuzen, um auf die Einseigeite zu gelangen.
Der Verkehr ist kompliziert, gefahrvoll und in jedem Falle be-
dringlich. Ohne Kreischen und Schreien geht es jetzt hier
selten ab. Und selbst wenn man vollständig ungefährdet nach
Hause kommt, so geschieht es nicht ohne große Aufregung.
Wer es mit sich und den Seinen gut meint, der meidet
Steglitz, bis die Bahnbohranlage fertig ist. Wir wollen hoffen,
daß durch energische Betreibung des Baues dem jetzigen Zu-
stande bald ein Ende gemacht sein wird.“

Herrn Professor Jäger konnte man gestern bereits Unter
den Linden und im Thiergarten von mehreren seiner Getreuen,
Alle, außer den Damen, natürlich in normalstem „National-
kostüm“, begleitet, spazieren gehen sehen. Statt der „Saloto-
hose“ trugen die Begründer und die Anhänger des Volksgesangs
enganschließende Beinlender, ebensolche Joppen mit einem bunten
Gut, Wollhut und Wollschuhe. Ihr Kostüm erregt bei der
großen „Widder“ der Berliner selbstverständlich die allge-
meine Aufmerksamkeit aller „Höhernen“, die „Wollenen“ aber
ließen sich dadurch nicht stören, sondern hatten nur Ohr für die
lebhafte Unterhaltung Professor Jägers.

Ueber die für das Jahr 1888 geplante nationale
Gewerbe-Ausstellung in Berlin lassen sich als erste offizielle
Stimme die „Berliner Pol. Nachrichten“ vernehmen. Die
topographische Ausstattung der Ausstellung scheint für dieselbe
ganz besondere Beachtung in Anspruch zu nehmen. Was dort
gesagt wird, klingt allerdings nicht ermutigend und ist als
ein lauter Wasserstrahl auf die Begeisterung bestimmt, mit der
das Projekt bisher überaus begrüßt worden ist. Nachdem in
den „Berliner Politischen Nachrichten“ die Neufassung des Re-
ferenten im Reichstage über die erbetene Entsendung eines
Reichskommissars zur Ausstellung nach Antwerpen reproduziert
worden ist, welche betonte, daß das Ausstellungsweesen im
großen Maße jetzt auf einem Standpunkt angelangt ist, der es
von dem Belieben einzelner Privatgesellschaften abhängig zu
machen scheint, ob und in welchem Maße die gesammte Indus-
trie der zivilisierten Länder für die Opfer, die doch immerhin
mit dem internationalen Ausstellungsweesen verknüpft sind, in
Anspruch genommen werden soll,“ wird hinzugefügt, daß dieser
Anspruch auch auf die nationale Ausstellung passen würde.
Und zum Schluß heißt es: „Daß die oberste Reichsbehörde,
speziell die preussische Regierung, sich gleichfalls so schnell ent-
schließen sollte, daß wohl mit Recht bezweifelt werden, da sie
in ihrer Stellung die Verpflichtung nicht erkennen wird, ob-
jektiv zu prüfen, ob die Opfer, welche der Industrie in solchen
schweren Zeiten auferlegt werden sollen, den Vortheilen, welche
der Hauptstadt und Einzelnen erwachsen, nicht weit überlegen
sind. In jedem Falle dürfte es aber als selbstverständlich er-
scheinen, daß vor der Durchführung dieses sporadisch aufge-
tretenen Gedanken erst die Ansicht der Industrie gehört wird.
Anderenfalls wäre wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß
wie in diesem Jahre in Antwerpen, auch 1888 in Berlin be-
deutende Industrien die Ausstellung nicht besichtigen würden,
so daß die Ansicht, eine nationale Gewerbe-Ausstellung herbei-
zuführen, nur sehr unvollkommen erreicht würde.“

Der Gypsel der Freiheit. Der 24 Jahre alte Korn-
träger Wilhelm Dietrich und der 37 Jahre alte Arbeiter Karl
Schubert, welche beide einem Rixdorfer Verbrecher-Konfession
angehören und mehrfach verurtheilt sind, trieben sich in der
Nacht zum Dienstag obdachlos in Berlin umher und verübten
dabei allerhand groben Straßenunfug. So rissen sie in der
Kohlfraße von den Häusern die ausgehängten Vermietungs-
zettel herunter und warfen sie auf den Straßenpflaster. Der

Dreißigste Kapitel.

Zu seiner Ueberraschung fand Friß Rodenburg bei
seiner Rückkehr in das Thurnzimmer wieder Habiht und
Segal vor, welche seiner schon längere Zeit warteten. Dies-
mal sah Habiht sehr unruhig aus und trat Friß bereits
auf der Gallerie entgegen.

„Nicht wahr, die Symptome des Grafs sind bedenk-
licher?“

„Es sieht schlimm um ihn“, antwortete Friß. „Seine
Schwäche, wenn er ruhig liegt, ist so groß, daß man meint,
er hätte kaum noch die Kraft, Athem zu schöpfen; um so
bedenklicher ist aber die gewaltige Nervenaufregung, die
zu ungläublichen Kraftanstrengungen treibt. Madame
Dupré hat mir mitgetheilt, daß sie diese Nacht Mühe
gehabt habe, den Kranken in seinem Bette zurückzuhalten.“

„Glaube es wohl; auch mir hat sie das gesagt“, an-
wortete Habiht. „Die arme Frau sollte sich einmal ab-
lösen lassen, es ist nun schon die vierte Nacht, daß sie an
seinem Bette sitzt und wacht; aber sie selbst will ja durch-
aus keinem Anderen ihren Posten überlassen.“

„Was führt Euch denn hierher?“ fragte der Doktor.
„Wenn ich Dich und Segal hier beisammen sehe, so weiß
ich, daß es sich um eine Mittheilung in Bezug auf die Alte
handelt.“

„Recht vermute, Friß!“ antwortete Habiht. „Mein
Freund hat eine Beobachtung gemacht, die ich für wichtig
genug halte, sie Dir mitzutheilen. — Weißt Du, weshalb
ich auch, ohne Dein Urtheil und die Mittheilung der Madame
Dupré gehört zu haben, wußte, daß es mit dem Grafsen
schlimmer stehe?“

„Vermuthlich hat Segal bemerkt, daß die Alte sich
näher an's Schloß herangewagt hat.“

„Sie umschleicht es ganz in der Nähe.“
„Ganz in der Nähe“, wiederholte Segal, langsam den
Kopf wiegend, „und zwar so nahe, daß ihre Spuren nicht
an die Mauer führen.“

„Bis an die Mauer?“

„Nun ja! Als ich diesen Morgen nach der Richtung
des Waldes auf dem Anger auf und ab ging, sah ich zu
meiner Ueberraschung, wie die Spuren der Alten hinter

hiervon verständigte Revierwächter wollte die Frevler arre-
tiren; als diese aber den Beamten erblickten, rissen sie aus und zwar
in der Richtung nach dem Rollenmarkt. Dort blieben sie
vor dem dicht am Mühlendamm gelegenen Thorweg des
Polizei-Präsidiums stehen und zogen heftig die Klingel, welche
zur Wache führt. Als ein Schutzmann darauf das Thor
öffnete, verlangten die beiden Strolche von ihm Obdach für
die Nacht. Der Beamte wies sie nach dem Hyl für Obdach-
lose, wurde aber dafür verböhnt; er achtete jedoch nicht weiter
darauf, sondern schloß den Mühlendamm Thorweg vor der
Nase ab und ging in die Wache zurück. Kurze Zeit darauf
klingelten die beiden Patrone abermals und verlangten, als
ihnen von einem anderen Schutzmänner geöffnet wurde, wieder
Nachquartier; wiederholt abgewiesen, forderten sie, zu
dem Herrn Polizeipräsidenten v. Madat geführt zu werden,
ein Verlangen, das ihnen selbstverständlich nicht erfüllt werden
konnte. Der Beamte machte es vielmehr wie sein Vorgänger,
indem er das Thor schloß und sich zurückzog. Nun stiegen die
beiden Strolche zu schimpfen und tobten an, stießen mit den
Stiefelblättern gegen das Thor und vollführten einen solchen
Höllenspektakel, daß endlich doch zwei Schutzeleute heraustraten,
welche die beiden Exzentriker beim Stragen nahmen und nach
der Wache des 1. Polizeiregiments an der Friedrichstraße trans-
portirten. Dort stellte es sich zu allgemeiner Ueberraschung
heraus, daß die Polizei einen guten Jang gemacht hatte, da
Dierbach und Schubert wegen schwerer Diebstähle, die ihnen
zur Last gelegt werden, längst von der Behörde gesucht wurden,
aber nicht ermittelt werden konnten, weil sie nirgends gemeldet
waren, sich vielmehr obdachlos umhertrieben. Jetzt sind die
beiden frechen Patrone, wie das „V. Tagbl.“ erzählt, welche
der Behörde auf so merkwürdige Weise in die Hände ge-
laufen sind, im Untersuchungsgefängnis zu Moabit festgesetzt.

g. Die Heirathsvermittler in Berlin fangen an, sich
durch die scharfe Aufsicht der Polizeibehörde recht ungemüthlich
zu fühlen und die Folge davon wird sein, daß sie ihr „Be-
schäft“ nach einer anderen Stadt verlegen. Die mit dem 1.
Juni d. J. in Kraft tretenden Bestimmungen, nach welchen es
der Polizeibehörde bezug der Organe zusehen soll, die Ge-
schäftsblätter und die gesammten, auf den Geschäftsbetrieb be-
züglichen Schriftstücke der Vermittlungsagenten für Heirathen
einzusehen, sowie jede auf den Geschäftsbetrieb bezügliche Aus-
kunft zu verlangen, dürfte dazu geeignet sein, das unbehag-
liche Gefühl um ein Bedeutendes zu erhöhen. Es ist kaum
glaublich, welche Elemente oft bei einer Heirath mitwirken und
auf welche Weise „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen
Wege Ehen geschlossen werden. Das im Dickstoff-Projekt so
beliebt gewesene „Ausbaldoorn“ spielt bei dem Heirathsver-
mittlungsgeschäft eine große Rolle, und ist eine „schwere“, mit
Töchtern geeignete Familie entdeckt, so giebt es für die Hei-
rathsvermittler, das Feld zu sondiren. Jeder, der später dabei
betheiligt ist, eine Heirath zu Stande zu bringen bezug. die
reiche Braut zur Eingehung einer ihr von dem Vermittler
„offerirten“ Ehe zu bestimmen, erhält seinen Antheil von dem
Raube, pardon, der Provision, welche der einseitige Gatte, nicht
selten aber auch die Gattin, sich durch Nevers acht oder vier-
zehn Tage nach der standesamtlichen Trauung zu zahlen ver-
pflichtet hat. Daß dies nicht immer freiwillig geschieht, be-
weisen die von Heirathsvermittlern gegen ihre Klienten ange-
stregten Prozesse wegen verweigerter Zahlung der stipulirten
Provision. Die Heirathsvermittlung, namentlich wie sie in
Berlin betrieben wird, bildet jedenfalls einen wunden Punkt
unseres sozialen Lebens und daher muß es nur anerkannt wer-
den, wenn diesen Personen etwas schärfer auf die Finger ge-
sehen wird.

a. Wegen sehr erheblichen Betrügereien und Urkun-
denfälschungen in gestern der Techniker und Kaufmann Boldt
verhaftet worden. Boldt suchte im November 1883 einen Bier-
fahrer in der Landsberger Allee auf, mit welchem er vor
langen Jahren zusammen beim Militär gedient hatte und von
dem ihm bekannt war, daß er sich ein kleines Vermögen er-
spart hatte. Boldt erzählte dem Kriegskameraden, daß er ein
gutes Patent von einem in der Provinz wohnenden Gänder
gelaufen habe und nunmehr eine Fabrik zur Rapparmachung
der patentirten Erfindung einrichte, und daß ihm die nöthigen
Mittel dazu fehlten. Er schlug deshalb dem Bierfahrer vor, sich
an der Ausnutzung des Patentes zu betheiligen und die noch
nöthigen Gelder zur Ausnutzung vorzuschließen. Falls der Ka-
merad auf diesen Vorschlag eingehen wollte, erklärte sich Boldt
bereit, ihn als Mitinhaber des Patentes einzutragen zu lassen und
ihn am Gewinn zu einer fixirten hohen Quote zu betheiligen.
Der Bierfahrer ging auf diesen Vorschlag ein und gab dem
Boldt im Laufe des folgenden Jahres nach und nach zusammen
7000 Mark, welche Boldt angeblich zur Einführung des paten-
tirten Gegenstandes verwendet hat. Am den Darlehensgeber in
dem Glauben zu erhalten, daß er in Wirklichkeit für ein wahr-
haftes Patent-Unternehmen die Gelder herbeige, legte Boldt
von Zeit zu Zeit Quittungen über die angeblich von
ihm in der Patent-Angelegenheit eingesahlten Beträge vor,
welche von Behörden und Privatpersonen unterzeichnet und
gestempelt waren, ferner zeigte er dem stillen
Kompagnon auf das betr. Patent bezügliche Formulare und

den Schredenstein herum führten, und zwar der Feldkluft
zu, die am Fuß des Donaldthurmes mündet.“

„Du mußt wissen, Friß“, ergänzte hier Habiht, „daß
es beinahe menschenunmöglich ist, von dort aus in diese
fogenannte Kluft hinab zu gelangen. Ein gewöhnlicher
Mensch, der das im Finstern bewerkstelligen würde, müßte
unbedingt den Hals brechen, denn die Felswände fallen
dort ganz steil ab.“

„Die Kluft selbst ist von Schnee frei“, fuhr Segal
fort, „weil sie überdacht ist durch dichtes Strauchwerk und
nur sehr wenig Schnee hindurchkommen kann, derselbe auch
dort unten, wo der Frost kaum hindringt, gethaut war.
Sie war auf den in der Kluft vorliegenden Steinen
offenbar mit großer Geschicklichkeit verfestigt und hier
in dem sumpfigen Boden die Kluft entlang gegangen bis
nahe an den Fuß des Donaldthurmes. Ich konnte in dem
Sumpf ihre Fußstritte genau verfolgen, und hier, wo die
Kluft fast achzig Fuß tief und schmal ist, wo es niemals
friert, wo kein Sonnenstrahl durchdringt, wo es ewig feucht
und sumpfig ist, da, hart an der Mauer des Thurmes,
hatte sie gelauert.“

Friß erinnerte sich, daß Habiht ihm einmal diese
Felsenkluft gezeigt hatte, nämlich der Donaldthurm war
nicht von dem Felsen, auf welchem er zu stehen schien, auf-
gemauert, sondern vom Grunde dieser Kluft aus, so daß
nach dieser einen Seite hin noch achzig Fuß Mauerwerk
dieses Thurmes, aus rohen Granitblöcken zusammengefügt,
hinabreichten.

Es hatte ihn, als Habiht ihm einmal durch Zurück-
biegen des Strauchwerks einen Blick in diese ewig finstere, un-
heimliche Tiefe verschafft hatte, ein unheimliches Grauen
angewandelt, um so mehr, als Habiht ihm erzählt hatte,
daß nach den Ermittlungen des Jürges diese Kluft früher
mit einer Zugbrücke überdeckt gewesen, und daß in den
Kämpfen früherer Zeit hier die überwundenen Opfer hin-
abgestürzt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Depeschen vor, auch erfreute er ihn durch die Vorlegung eines Stempels, welcher die Namen des Boldt und des vertrauensseligen Geldgebers, gleichsam als Gesellschaftsfirmen, enthielt. Thatsächlich waren sämmtliche von Boldt vorgelegten Schriftstücke gefälscht, wobei er sich theilweise der von ihm selbst angefertigten falschen Stempel bedient hatte. Auch besaß Boldt gar kein Patent, sondern er hatte sich diese ganze Geschichte erdacht, um dem ehemaligen Militärkameraden dessen Erparnisse abzuloden. Der schwer geschädigte Bierfahrer wurde erst in letzter Zeit mitgetrauscht, da sich die Besprechungen des Boldt noch immer nicht verwiltigen wollten, und er brachte eines der ihm von Boldt übergebenen Schriftstücke zu der darauf bezeichneten Ausfertigungsstelle, woselbst er von der Fälschung Kenntniz erhielt. Der gestern festgenommene Boldt, welcher völlig mittellos ist, hat eingeräumt, ein Patent überhaupt nicht zu besitzen, wohl aber an der Erfindung einer neuen Schiffschraube zu arbeiten, welche er patentiren lassen wolle.

g. Von den Drillingen des Droschkentuschers
Döring in der Büschingstraße 25 lebt heute nur noch ein Kind. Nachdem von dem am 10. v. Mts. geborenen Drillingen wenige Tage darauf das eine der drei Kinder starb, ist nunmehr in vergangener Woche das zweite Kindchen verstorben und beerdigt worden. Das dritte Kind dürfte anscheinend dem Leben erhalten bleiben, da es gut entwickelt und gesund und munter ist. Dieser Fall beweist wieder, wie selten es vorkommt, daß alle drei Kinder am Leben erhalten werden und sich normal entwickeln. Drillingsgeburten sind immerhin eine Seltenheit. Nach Veit's Feststellungen entfällt auf 7910 einfache Geburten erst eine Drillingsgeburten, wozogen schon auf 80 Geburten eine Zwillinggeburten gerechnet wird. In dem Döring'schen Falle hat sich der Wohlthätigkeitsfönn der Berliner, namentlich der in diesen Dingen sehr mitfühlenden Frauenwelt auf das Glänzendste gezeigt. Leider ist der Familie die Freude an all dem Guten, welches man ihr erwiesen, durch den Tod zweier der lieblichen Kleinen getrübt worden.

Als Passagiergut hatte Frau Professor M., welche dieser Tage mit ihrem Gatten von einer Reise aus Italien zurückkehrte, auf der Fahrt in Italien einen festverschlossenen Koffer abgegeben, worin sie trotz der Warnung eines Eisenbahnbeamten Schmuckgegenstände und auch bares Geld eingepackt hatte. Als der Koffer später geöffnet wurde, waren die Goldstücke im Betrage von 170 Mark, welche sie in ein Streichholz-Gut gelegt hatte, sowie 30 Mark in Silber, verschwunden; eine goldene Damenuhr dagegen hat der Dieb, wahrscheinlich um einer Entdeckung vorzubugen, verschmäh.

a. Der Rentant der Unterföhungskasse des hiesigen Vereins der vereinigten Mühlenstein- Arbeiter. Müller B., ist am 16. d. Mts. aus seiner Wohnung in der Saarbrückerstraße mit ca. 450 M. Kassengeldern verschwunden, Frau und Kinder subsistenzlos zurücklassend. A. hatte bei sich in Verwahrung die Sparkastenbücher des Vereins gehabt, auf welche er die oben erwähnte Summe bei der Sparkasse erhob und unterschlug. Der B. ist 48 Jahre alt und 1,76 Mm. groß, er hat graumeliertes Haar und gleichfarbigen Vollbart und dunkelgraue Augen.

N. Eine wahre Rabenmutter scheint die Frau des in der Jüdenstraße wohnhaften Arbeiters R. zu sein. Dieselbe brachte gestern Nachmittag ihrem 4jährigen Kinde anscheinend mit einem Stocke derartige Verletzungen bei, daß die Polizei einschreiten und auf deren Anordnung das mißhandelte Kind nach der Charite gebracht werden mußte.

N. Kindesrettung. Eine höchst aufregende Szene spielte sich gestern Abend um die achte Stunde in der Potsdamerstraße ab. Eine sehr elegant gekleidete Dame wollte mit ihrem 4jährigen Töchterchen den durch Pferdewagen und Darrisub sehr frequentirten Weg passieren, als plötzlich das Kind sich der Führung der Mutter entriß und gerade auf eine im höchsten Grade daherkommende Equipage zuflief. Schon war das Kind dicht vor den Pferden, als ein dem Arbeiterhande angehöriger Mann schnell hinjuspurrte, das Kind im Nu ergriff und es seiner halb ohnmächtigen Mutter zurückdrückte. Der einfache Mann entzog sich jeder weiteren Dankesbezeugung und lehnte auch jedes Geschenk, das ihm geboten wurde, ab.

N. Wieder eine Wasserleiche. Die Leiche eines circa 30-40jährigen Mannes wurde gestern früh gegen 1/7 Uhr in der Nähe der Fischerbrücke in der Spree schwimmend bemerkt und von dort auf den Rähnen beschäftigten Arbeitern an Land gezogen. An dem Kopfe der Leiche wurden mehrere Verletzungen wahrgenommen, bei denen jedoch nicht festzustellen war, ob dieselben durch Bootshaken entstanden oder dem Ertrunkenen bei Leuzzeiten zugefügt sind. Behufs definitiver Feststellung der Todesursache und Kelognostizirung, ist die Leiche nach dem Obduktionshause gebracht worden.

Polizei-Bericht. Am 21. d. M. Vormittags wurde die Leiche eines Mannes unweit der Alsenbrücke aus dem Wasser gezogen und nach dem Obduktionshause geschafft. — An demselben Tage Mittags gerieth ein 5 Jahre altes Mädchen in der Breitenstraße unter d'e Pferde eines mit Getreide beladenen Wagens und wurde durch Fußstöße am linken Bein so schwer verletzt, daß es nach der königlichen Klinik gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit wurde ein Mann unweit der Mägenstraße an einem Baune erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — Am Nachmittag desselben Tages fiel ein Arbeiter in der Eißerstraße von seinem mit Sand beladenen Wagen herab, wurde überfahren und an den Hüften und innerlich so schwer verletzt, daß er nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit versuchte ein Mädchen sich in seiner in der Rheinsbergerstraße belegenen Wohnung mittelst Kleezuges zu vergiften. Nachdem ihm Gegenmittel beigebracht worden waren, wurde es noch lebend nach der Charite gebracht. — Zu derselben Zeit wurde eine obdachlose Frauensperson an einer Thürschwelle eines Hinterhauses in der Kurzenstraße erhängt vorgefunden. Sie wurde sofort abgehängt und nach einiger Zeit wieder zur Bestattung gebracht. — Am 22. d. M. Morgens wurde die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Arbeiterhande angehörenden Mannes im Alter von etwa 40 bis 45 Jahren, unweit der Höhenollendbrücke aus dem Landwehkanal gezogen und nach dem Obduktionshause geschafft.

Gerichts-Zeitung.

P. Aus einer Besserungs-Anstalt nach längerem Aufenthalt entlassen, fand die wegen Diebstahls bereits vorbestrafte unverehelichte Karoline Johanna Helene Emma Rähnel aus Spandau einen Dienst bei der Frau Schirmmeisterin Böttcher ebendasselbst, die sich auf die warme Empfehlung des Predigers der Anstalt, welche die Rähnel soden verlassen, bereit erklärte, das Mädchen zu engagiren, ohne eine Ahnung von dessen anrüchlicher Vergangenheit zu haben. Eine kurze Spanne Zeit schien auch der Lebensweg der Rähnel eine der bisberigen entgegengelegte Richtung zu nehmen, denn sie zeigte sich anständig und fleißig, sodas sie das volle Vertrauen ihrer neuen Dienstherrin genö, umfomehr als sie eine wahre Sparwuh an den Tag legte und jede Gelegenheit wahrnahm, der Frau Böttcher mitzutheilen, daß sie ein hübsches Sämmchen sich bereits erspart. Dies Koffektiren mit der Sparsamkeit war aber, denn in Wirklichkeit war die R. arm wie eine Kirchenmaus, ein schlaues gewähltes Mittel, um ihren diebischen Gelüsten ungefährdet nachzugehen zu können und ein etwaiges Mißtrauen der Dienstherrin einzuschälfen; dies gelang ihr auch in dem Maße, daß die Hausfrau, als kurz nach einander 1 Granatbroche, Wäsche und andere Bekleidungsgegenstände, ja sogar eine Tischdecke abhandeln kam, unmöglich für die Diebin zu halten vermochte. Als aber eines Tages aus einem Kummer, zu welchem nur die

Rähnel Zutritt gehabt, ein Portemonnaie mit einem fünfzig-Mark-Schein abhandeln gekommen war und die Rähnel unmittelbar darnach größere Ausgaben für Bezuggegenstände gemacht, da erschien es klar, wer die Diebin wohl sei und die Dienstherrin verständigste die Polizei. Dem mit den Recherchen beauftragten Polizei-Beamten gegenüber, versuchte die Rähnel, ins Verhör: genommen, anfangs die stattgehabten Einkäufe als aus ihren seit Jahr und Tag angehängt gemachten Ersparnissen bestritten, zu erklären. Der Beamte, welcher von dem Vorleben der Angeföhlbigten auf amlichem Wege Kenntniz erlangt, ließ sich mit der Ausrede nicht so leicht imponiren und sagte der R. die Diebstähle auf den Kopf zu, indem er ihr vorhielt, daß sie dergleichen Ersparnisse nicht gemacht haben könne, da sie ja erst kurz zuvor aus der Besserungsanstalt entlassen worden sei. Die R. wurde nunmehr sehr kleinlaut und, zur Haft gebracht, räumte sie die Diebstähle bei Frau Böttcher ein. Im geföhrigen Audienz-Termin der zweiten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt unter der Anklage des wiederholten Diebstahls im Rückfalle, hielt die R. ihr Geständniz aufrecht. Mit Rücksicht hierauf glaubte der Staatsanwalt, der Angeföhlbigten mildernde Umstände zubilligend, von Verhängung einer Zuchthausstrafe absehen zu können und beantragte 2 Jahre 6 Monate Gefängniz sowie Exempelstrafe. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängniz.

Vor dem Oberseeramt, welches unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern, Wilt. Geh. Rath's v. Roeller zusammentrat, wurde gestern der unglückliche Zusammenstoß des Lloyd-Dampfers „Hohenhausen“ mit der Korvette „Sophie“ verhandelt. Die Kollision beider Schiffe hatte am 3. September v. J. um die Mittagsstunde stattgefunden. Der Bremer Dampfer „Hohenhausen“, Kapitän Winter, mit etwa 30 Kajüt-Passagieren und mehreren Hundert Zwischendecks-Passagieren von Bremerhaven nach Baltimore im See gehend, versuchte an jenem Tage nördlich Wangeroo eine in Kielinie rangirte Division des Geschwaders zu durchbrechen und rammte dabei der Korvette „Sophie“ fast rechtwinklig in die Backbordseite nahe Mittschiffs. Beide Schiffe erlitten Beschädigungen, doch wurde von der Besatzung und den Passagieren Niemand verletzt. Die „Sophie“ hatte sehr bedeutende Beschädigungen erlitten, denn der Stewen des Lloyd-Dampfers war, ca. 2 Meter tief, in seiner ganzen Vertikalarichtung in die Konstruktionsheile der „Sophie“ eingedrungen und nur dem glücklichen Umstande, daß das Led gerade in den Kohlenbunker gestößen wurde und so das eindringende Wasser durch die dichtgelagerten Kohlenföhlen nicht direkt seinen Weg zu den übrigen Räumen finden konnte, ist es zu verdanken, daß größeres Unglück verhütet wurde. — Die Verhandlung dieser Sache vor dem Seeramt in Bremerhaven fand in den Tagen vom 24. November bis 9. Dezember statt. Das Urtheil des Seeramtes ging dahin, daß der „Hohenhausen“ sich dem Geschwader unnothiger Weise genähert habe und so indirekt Schuld an dem Zusammenstoß trage, während die Handlungsweise der Korvette „Sophie“ direkten Einfluß auf die Kollision gehabt habe; denn, hätte die Korvette den Kurs gehalten und wäre sie, nachdem der Zusammenstoß unermittelich geschienen, nach Backbord ausgewichen, so würde Alles klar gegangen sein. Dem Antrage auf Patententziehung des Kapitän Winter wurde deshalb vom Seeramt nicht stattgegeben. Hiergegen hatte der Reichskommissar die Berufung eingelegt, welche nunmehr das Ober-Seeramt beschäftigt. Als Referent fungirte der Kontre-Admiral Freiherr von Schölnitz, die Reichsbehörden vertrat der Navigationslehrer Dr. Romberg, und der persönlich ersichene Angeföhlbigte wurde durch seinen Verteidiger, Kapitän Oberländer, vertreten. Das Kollegium bestand aus dem Präsidenz und sechs Beisitzern: Geh. Admiralsitätsrath Neumayer aus Hamburg, Schiffskapitän Jäger aus Wolgast, Wasserhaupt Tügel aus Brate, Schiffsbaumeister Ludowig aus Rostock und Inspeltor Jölder aus Bremerhaven. Der Judikaturraum des im Reichsamt d.s Innern belegenen Ober-Seeramtes war von zahlreichen Sachverständigen besetzt. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme, die bis 2 1/2 Uhr dauerte, zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück. Das Urtheil ging dahin, daß der Spruch des Seeramtes zu Bremerhaven zu verhängen sei und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen sind. Entgegen der Annahme des Seeramtes legte der Gerichtshof dem Angeföhlbigten nicht nur eine mittelbare, sondern eine ganz unmittelbare Schuld zur Last und hielt dafür, daß derselbe außerordentlich unvorsichtig gehandelt hat, indem er vermute, daß Geschwader der kaiserlichen Marine zu durchschneiden. Es würde auf Entziehung des Patentes erkannt worden sein, wenn sich der Angeföhlbigte nicht bisher völlig tadellos geführt und auf der Marine gedient hätte.

Danzig, 22. April. (Der Sturzer Nordprozess.) Die seiner Zeit vielbesprochene Ermordung des Knaben Onophrius Gubulla in Sturcz bildet den Gegenstand eines Prozesses, dessen Verhandlung heute vor dem hiesigen Land-Schoungericht begonnen hat. Angeföhlbigt wegen Mordes ist der Fleischer Joseph Behrendt aus Sturcz, der am 16. Febr. 1881 zu Moreschin getöret, verheirathet und Vater zweier Kinder ist. Wir theilen die Einzelheiten, welche diesem Falle zu Grunde liegen, hier noch einmal mit. Am Morgen des 22. Januar 1884 ging der Bauersohn Dobiella über eine kurz vor dem Dorfe Sturcz belegene Wiese, die von einem Abzugsgraben des Sturzer Sees durchschnitten wird. Beim Passiren der Brücke dieses Grabens sah er in legierem zwei nackte menschliche Unterschenkel liegen. Erschrökt eilte er dem Dorfe zu; da er jedoch sehr bald einem Manne begegnete, so lehrte er mit diesem zurück und machte in Gemeinschaft mit demselben weitere Nachforschungen. Sie fanden nun außer den erwähnten Unterschenkeln unter der Brücke selbst einen nackten, funktbar zugerichteten menschlichen Rumpf. Dobiella rief nun eilfertig den Amtsvorsteher herbei, der die Leichentheile ans Land schaffen und außerdem weitere Nachforschungen vornehmen ließ. Allein weder die fehlenden Oberschenkel noch die Kleider der Leiche waren zu finden. Auch ergab die drilliche Untersuchung weder irgendwelche Spuren eines Kampfes noch Blutspuren. Wie sich sehr bald herausstellte, war der Ermordete der 14jährige Onophrius Gubulla aus Sturcz. Die Leicheneröffnung ergab, daß der Tod durch Verblutung erfolgt war. An der Vorderseite des Halses zeigte der fest vollständig blutleere Leichnam eine weit klaffende glattrandige Wunde, die bis zum Halswübel sich erstreckte. Außer noch mehreren anderen erheblichen Verletzungen waren auf der Kopfhaut sieben parallel laufende tiefe Einschnitte zu sehen. Die fehlenden Oberschenkel waren aus dem Hüftgelenk mit kräftigem Schnitt vollständig kunstgemäß ausgeföhr; in ebenso kunstfertiger Weise waren die vorgefundenen Unterschenkel abgetrennt. Der Ermordete war von dem Gasthofsbesitzer Goppa in Sturcz mit Pfaffenstößen beschäftigt worden. Am Abend des 21. Januar 1884, etwa gegen 8 1/2 Uhr, ist er von Goppa fortgegangen, um sich, wie er angab, nach Hause zu begeben; der Mord muß deshalb in der Nacht vom 22. Januar 1884 geschehen sein. Die Sachverständigen behaupten, daß die künstliche Herfödelung der Leiche eine mehrföndige Operation erfordert habe. Da nun in jener dunklen Januar-Nacht ein sehr stürmischer Wetter getöbt und andererseits am Fundorte der Leiche weder Spuren eines Kampfes noch Blutspuren vorhanden gewesen, so behaupteten die Sachverständigen, daß die That im Dorfe selbst verübt worden sei, und daß der Mörder die Leiche erst nach vollbrachter That an den Fundort geschafft habe. Da die Umstände einen Raub- oder Lustmord vollständig ausschließen, auch nichts dafür spricht, daß Jemand aus den 14jährigen Knaben einen solchen Vag gehabt habe, der ihm zu einer solch entsehrlichen That Veranlassung gab, so wurde sehr bald die Beschuldigung laut: die Juden haben den Mord begangen, um an den Ostfertigen Conventenlust zu haben. Diese Beschuldigung erhielt durch die damals in der Sturzer Gegend verbreitete Brochure über den Tisza-Es-later Prozeß, und ferner durch Bücher wie: „Brauchen die Juden Christen-

blut?“ u. vollauf Nahrung. Auserdem erzählte ein Namens Spada: Am Abend des 21. Januar 1884 von Goppa einen Knaben herauskommen sehen. An dem Hof jüdischen Kaufmanns Hof sei der Knabe auf dem Hof in dessen Haus gegangen. Da jedoch der Mörder los ein im Segiren sehr gewandter Mann gewesen sei, so lenkte sich zunächst der Verdacht auf den jüdischen Blumenhain in Sturcz. Dieser vermochte aber den Hof zu führen, daß er in der Nordnacht verreiht gewesen sei, wöhr lenkte sich der Verdacht auf den Kaufmann dessen Vater, und in Folge einer Aussage eines Namens Mantowski, auch auf den in Sturcz wohnenden jüdischen Handelsmann Herrmann Josephsohn. Mantowski beleute nämlich: Am 22. Januar des Morgens sei er im Hainath Sturcz über Sturcz nach Vr. Stargard nach Kurz vor 6 Uhr habe er am Thierföhrigen Gassen Menschen getroffen, der einen schwarzen Sack auf dem trug und den Döfeler Weg gegangen sei. Er habe der Mann trage ein Kalb, an der unteren Ecke sei ein runder Gegenstand, der wie ein Menschenkopfe aussehbar gewesen. In dem Lidare des Sackes habe er einen Josephsohn erkannt. Anlässlich dessen wurde er und einige Zeit darauf auch Hof (Vater und Sohn) genommen. Die Untersuchung gegen diese drei ergab jedoch keinerlei Anhaltspunkte. Dagegen erliefen Mantowski einige Monate später, und zwar nach einem Erwahnungen des Kriminalkommissars Höft, zwischen aus Berlin als Spezialkommissar entsandt war: Er habe nicht den Josephsohn, sondern den Meister Behrendt aus Sturcz mit voller Bestimmtheit Träger des Sackes erkannt. Von dem Morde habe er am 23. Januar durch seine Mutter Nachricht erhalten. Tage später habe ihm seine Mutter mitgetheilt: Meister Behrendt habe ihn sprechen wollen. Er habe dessen sofort zu seiner Mutter gesagt: der Träger genannten Sackes sei Behrendt gewesen, dieser falls die Leiche im Sack getragen. Am 27. Januar ihm sein Nachbar Bilinski ebenfalls gesagt: wolle ihn sprechen. Behrendt soll dabei hoben: er (Mantowski) solle zum Amtsvorsteher und dort bekunden, daß er nicht den Behrendt, sondern Josephsohn am 22. Januar früh mit dem Sack auf dem getroffen habe. Einige Tage später sei er mit Bilinski nach gegangen. Am Eingange des Dorfes habe sich schon erwartet und gesagt: er (Mantowski) solle gegen Josephsohn aussagen; er werde dafür gut gehalten, es werden Gelder zu diesem Zweck gesammelt. Wenn er bekunde, daß der Träger des Sackes Josephsohn sei, dann würden alle Juden aus Deutschland gehen. In dieser Weise habe Behrendt unablässig auf sein Ziel zu wirken gesucht. Die Mutter des Mantowski habe vieler Beziehung diese Bekundungen ihres Sohnes, hat sich außerdem bei der gerichtlichen Obduktion der Leiche noch mehreren anderen Gelegenheiten durch Behrendt sehr verächtlich gemacht. Bei der gerichtlichen Vernehmung sagte der Besitzer Hoffmann zu Behrendt: die schäblichen Fortschritte sind jetzt derartig, daß die Photographiren des Auges des Ermordeten von dem Mörder erkennen kann. Behrendt Folge dieser Erzählung Leichenblat geworden sei, er sei entsetzt und gestöhnt. Da Behrendt außerdem Aufenthalt an Abende des 21. Januar widersprochen machte, er ferner der erste war, der die Beschuldigung daß nur Juden den Mord begangen haben könnten, dieselbe Beschuldigung gegen ihn laut wurde, so geschlagen war und auch nicht, wie er mehrfach behauptet, Beschuldiger wegen Verleumdung verklagt, so wurde am 10. Mai 1884 wegen Verdachts des Mordes verhaftet, sohn und die beiden Hof dagegen in Freiheit gelassen, nun mit der Familie Gubulla verfeindet sei. Aus diesem Umstande folgert die Anklagebehörde, die Gewaltthätigkeiten stark hinneigende Behrendt sein an dem 14jährigen Onophrius Gubulla habe schloß und nachdem er denselben erschloßen, er die gerichtliche Leichnam in der angezeigten Weise vorgenommen, die Schuld auf die Juden zu wälzen und dadurch großen Judenhass Ausdruck zu verleihen. Der Hof Behrendt ist katholischer Konfession und bisher unbescholten. Das ist, wie gesagt, der der Anklage zu Grunde liegende bestand.

Vereine und Versammlungen.

Deffentliche Generalversammlung der Schölnitz-Berufsgenossen, Sonntag, den 26. d. Mts., um 10 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Andreasstraße (Saal). Die Tagesordnung wird am Sonnabend Säulen bekannt gemacht. Recht zahlreichen Besuch die Lohnkommission.

Eine große öffentliche Schneider-Versammlung am Donnerstag, den 23. April er., Abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus. Alte 37, statt. Auf der Tagesordnung steht 1. die am 1886 in Paris stattfindende internationale Arbeiterversammlung. (Referent wird in der Versammlung die Rechte erkläre.) 2. Die hier bestehenden Arbeitsnachweise der und das Verhalten der Innung. 3. Dierse Arbeiterordnung ist es im Interesse aller Kollegen, die zu besuchen.

Der Gesangverein „Berliner Typographen“ hält am Sonntag, den 26. April c., Vorm. 11 Uhr, im Räumen des „Konzerthaus“, Leipzigerstraße 48, eine deren Reinerträgniz zu einem wohlthätigen Zweck.

Briefkasten der Redaktion.

A. P. Lichtenbergerstr. Im Termin müßten weder selbst erscheinen oder durch einen Prozeßbevollmächtigten vertreten sein, sonst ergeht gegen Sie Verurtheilung wegen Gegenforderung ist gerechtfertigt und nicht zu hoch. **N. 70.** Die Kinder sind schuldig, den Eltern Gewerbe nach ihren Kräften hilfreiche Hand zu leisten. Fern durch die Art der Beschäftigung Ihr Ruf leidet. Sie müssen Sie sich an das Vormundschafsgesetz halten. **C. R. 99.** Eiben Ihrer Frau sind Sie Schwiegervater.

P. 144. Es kommt auf die Natur der Sache an, welche die Dame in dem Geschäfte leistete. Halterin, Kassierin, Verkäuferin oder leihete sie männliche Dienste, so mußte ihr 6 Wochen vor dem Kalkulationsquarta gelündigt werden. War sie Gewerbetreibende, so zum Ausprobiren der Sachen bestimmt, so nach 14 tägige Kündigung. Am besten ist es, die Sache mit einem A. walt desparten.

N. 9. 1) Das Gericht erstorbt bei Eröffnung Klage einen Konten vorföhr. 2) Der schuldige Teil Kosten des Rechts ein. 3) Beide Theile werden durch den Richter bestrast. Die böchere Strafe ist 6 Monate Gefängniz. Mit dem vollendeten 21. Lebensjahre langt ein Jed- die Großjährigkeit. Verloren werföndlich bis dürfen bis zum vollendeten 24. Lebensjahre berathung der Zustimmung des Vaters begin. Sie können, wenn Sie diese Zustimmung nicht ertheilen in ihrem Erbrechte auf die Hälfte des Pflichttheils in dem Erbtheil. **Roabit, Bantelstr.** Ihre Aufnahme in den Unterthanenverband ist nicht nothwendig; ebenföhrlich schaffen der Führungsbeföhr.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 94

Donnerstag, den 23. April 1885.

II. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Zum englisch-russischen Konflikt. Die heute vorliegenden Nachrichten sind entschieden ernstlicher als die bisherigen. Die englische Regierung hatte bekanntlich an die russische das Verlangen gerichtet, das Vorgehen des Generals Komaroff zu desavouieren. Die russische Antwort lautet folgendermaßen: Die Depesche des Generals Komaroff, deren Inhalt ich Ihnen so eben mitgeteilt habe, enthält die über die Vorgänge welche zum jüngsten Zwischenfall führten, gewünschten Aufklärungen. Wir haben denselben nichts hinzuzufügen. Aber wir appellieren an die Weisheit der großbritannischen Regierung, die Situation zu erwägen, deren Charakter und deren Gefahren durch diesen Zwischenfall ins hellste Licht gestellt worden sind. Es ist für uns geradezu unmöglich, nicht die Ursache in der militärischen Ausrüstung suchen zu müssen, welche die englische Regierung geäußert hat, der Demarkations-Kommission geben zu sollen. Von dem Momente an, in welchem wir Nachricht von der Eskorte empfangen, welche diese Kommission begleitete, habe ich die Aufmerksamkeit Lord Thornton's (engl. Gesandter in Petersburg) auf die gewichtigen Unannehmlichkeiten gelenkt, welche daraus entstehen könnten, und ich habe diese Beobachtungen in dem Maße wiederholt, als die uris ursprünglich geringere Zahl der Eskorte wuchs. Unsere freundschaftlichen Vorstellungen wurden nicht beachtet. Aber es war nichts desto weniger leicht vorauszu sehen, daß die Afghanen in dem Erscheinen dieser militärischen Mission ein Besprechen, sie zu unterstützen, und eine Ermunterung ihrer Begehrlichkeit erblicken mußten. Wir wollen die Natur der Thätigkeit der englischen Kommission nicht genau untersuchen. Aber wir können doch über die Thatsache nicht hinweggehen, daß gewisse Offiziere, welche einen Theil der Suite bildeten, die Bewegungen der Afghanen leiteten und daß der laute Widerhall der Zusammenkunft zwischen dem Emir und dem Vizekönig von Indien sowie die darin zum Ausdruck getommene feindselige Haltung sicherlich dazu beigetragen haben, die Afghanen bis zu einem Grade höher zu erregen, daß sie sich zu provokatorischen Schritten hinreißten ließen, welche von den Vertretern der militärischen Autorität Russlands nicht geduldet werden können, ohne ihre Pflicht zu verletzen. Wir machen diese Bemerkungen nur, um auch jedem Anschein eines etwaigen abfälligsten oder vorüberlegten aggressiven Vorgehens der russischen Generale abzuwehren. Der einzige Schluss, welchen wir ziehen wollen, ist die dringende Nothwendigkeit, einer zweideutigen Situation ein Ende zu machen, welche nicht ohne Gefahr ist. Wir glauben auch sehr wohl, daß der letzte Zwischenfall die Fortführung der Unterhandlungen nicht beeinträchtigen sollte, deren Zweck es ist, die guten Beziehungen zwischen den beiden Reichen zu befestigen. Ges. St. Russischer Minister des Aeußern. D. R., Petersburg, den 31. März alten, 12. April neuen Datums.

Während also die russische Antwort ausdrücklich von provokatorischen Schritten der Afghanen spricht und das Verhalten Komaroff's billigt, hebt die Depesche des englischen Grenzkommissars Lumsden die Mäßigung und Geduld hervor, welche die Afghanen während unaufrichtlicher, zwei Monate hindurch fortgesetzter Proklamationen an den Tag gelegt hätten. Als die russische Streitmacht am 30. März vorgegangen sei, seien die Afghanen nicht zögern, sich zu verteidigen. Daß die englischen Offiziere den Afghanen gerathen hätten, sich nicht zurückzuziehen, als General Komaroff dieselben dazu aufgefordert habe, wird von Lumsden in Abrede gestellt. — Aus Anlaß der Depesche Lumsden's fand ein Kabinettsrath statt. Nach der Sitzung wurde eine Depesche nach St. Petersburg geschickt, welche — wie der „Standard“ wissen will — hervorhebt, daß die Russen in dem Gefechte bei Aliepe die Ingreiferei gewesen seien, weshalb die englische Regierung genöthigt sei, ihr früher gestelltes Verlangen einer Desavouierung des Vorgehens des Generals Komaroff zu wiederholen. — Wenn die Verhandlungen inzwischen keinen anderen Charakter annehmen, dürfte der Krieg wohl unvermeidlich sein.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorbereitung des vom Abgeordneten Lenzmann, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, hat ihre erste Sitzung gehalten. Es entspann sich eine große Generaldebatte, die im Wesentlichen eine Wiederholung der Generaldiskussion im Plenum darstellte. Ges. Rath Lenzmann erklärte Namens der Reichsregierung, daß dieselbe im Gedanken der Entschädigung prinzipiell entgegen sei.

An den Reichstag ist eine „Schuhmacher Deutschlands“ unterzeichnete Petition gelangt, in welcher darauf hingewiesen wird, daß durch die Schuhwaarenfabriken die handwerklichen Betriebe schwer geschädigt werden und daß auch der Staat zu der im Schuhmachergewerbe bestehenden Nothlage durch seine billige Gefängnisarbeit wesentlich beitrage. Die Petenten glauben, daß das Mittel gegen die Ueberproduktion in ihrem Erwerbszweig erster Linie auf der gesetzlichen Normirung einer maximalen Arbeitszeit und eines Minimalarbeitslohnes beruhe und betonen, daß von der Einschränkung der Gefängnisarbeit eine nicht unerhebliche Besserung ihrer Erwerbsverhältnisse zu erwarten stehe.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hielt gestern Vormittag eine Sitzung und beriet über die Wahl des Abgeordneten Lützen, Fischereibesitzer und Landwirt in der Provinz Pommern (deutschpreussisch) in dem 5. Wahlkreise des Bez. Frankfurt a. D. (Rönigsberg i. d. Neumark), welchem früherer Reichstagspräsident v. Levetzow unterlegen ist. Es wird jedoch bei einer genaueren Berechnung herausgestellt, daß, wenn alle zweifelhaften Stimmen abgerechnet würden, die Wahl des Abgeordneten Lützen doch noch 4 Stimmen über die absolute Majorität verbleiben würden, so beschloß die Kommission, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abg. Lützen für gültig zu erklären.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

83. Sitzung vom 22. April, 12 Uhr.
Am Tische des Bundesraths von Bötticher, von Borchard.
Die Verhandlung der Zolltarif-Novelle wendet sich heute den Baumwollengarnen zu. Unverändert sollen nach der Lage wie nach den Anträgen der Kommission die 1879 festgesetzten Zollsätze für einfache Garne bleiben, die jedoch der Antrag Benzig dahin zu ändern begehrt, daß in den drei Kategorien „eindrätiges roh, zweidrätiges roh, ein- und zwei-

drätiges, gebleicht oder gefärbt“ nur die drei ersten Staffeln ausreicht erhalten, die beiden letzten aber gestrichen werden sollen, wodurch das Maximum der Zollsätze auf 24 resp. 27 und 36 R. fixirt wird, und die über Nr. 60 bis 79 hinausgehenden Garnnummern nur mit dem für die Nummern 45 bis 60 bestimmten Zollsatz als dem zulässigen Maximum getroffen werden. Die Zollsätze von 30—36 R., 33—39 R., 42—48 R. fielen damit weg.

Ferner beantragen die Abgeordneten Broemel und Bamberger, diesen Positionen folgende Anmerkung hinzuzufügen:

„Baumwollengarn, ein- und zweidrätiges, roh, gebleicht oder gefärbt, von Nr. 60 englisch und höher, für die Fabrikation von mit Baumwolle gemischten Seidenwaren, sowie zur Fabrikation von Nähfäden, wenn diese Waaren aus dem Zollgebiete ausgeführt werden, unter Kontrolle der Verwendung, frei.“

Abg. Trimborn beantragt die Worte: „wenn diese Waaren aus dem Zollgebiete ausgeführt werden“ zu streichen und die zollfreie Einfuhr der Nr. 60 und darüber der Fabrikation des Inlandes ausnahmslos zu Gute kommen zu lassen, auch wenn die fertige Waare nicht exportirt, sondern im Inlande verbraucht wird. Ferner beantragt Abg. Benzig, den Seidenwaaren die gemischten Wollenwaaren hinzuzufügen.

Abg. Benzig will durch seinen ersten Antrag Zollsätze beseitigen, die bisher Niemand geholt, wohl aber eine große Industrie geschädigt haben. Die feineren Garne über Nr. 45 werden in Deutschland nur in unbedeutendem Maße, die allerfeinsten garnicht gesponnen, während gerade die sächsischen Wollwaarenindustrie diese feineren Nummern, z. B. für die Fabrikation von Handschuhen, braucht. Für den inländischen Bedarf mag das irrelevant sein, insofern er höhere Preise zahlen kann, aber nicht für unseren Export, der die Konkurrenz mit dem unter viel günstigeren Bedingungen arbeitenden England zu bestehen hat. Der englische Fabrikant arbeitet in nächster Nähe der Spinnereien, während wir die Garne erst aus England beziehen müssen. Auch zum Schutze unserer Spinnereien ist die Zollhebung nicht nöthig; sie haben im letzten Jahre sehr gute Geschäfte gemacht, einzelne Aktien-Gesellschaften haben 10 bis 20 pCt. Dividende gegeben. Die Ermäßigung der Garne würde der Strumpfweberei, der Fabrikation von Regenschirmstoffen, von Möbeln, von Orleans und der Krefelder Halbschleidenindustrie zu Gute kommen.

Sächsischer Bevollmächtigter Geheimrath Bötticher: Die eben gebotene Begründung des Antrages Benzig ist eine Wiederholung des Standpunktes der Reichstagsminorität von 1879; geht zum Theil sogar noch darüber hinaus. Damals wurde der Tarif wie er jetzt besteht, nach langen Verhandlungen auf Grund von Kompromissen, die ja zum Theil keine von beiden Seiten befriedigt haben, vereinbart. Herr Benzig hat für die Webereien gesprochen, aber nicht auch die Spinnereien berücksichtigt. Die Regierungen wünschen, daß die 1879 vereinbarten Zollsätze nach oben wie nach unten hin festgehalten werden.

Abg. Trimborn: Mein Antrag findet darin seine Begründung, daß jeder Schutz Zoll halt machen muß vor den Rohmaterialien und Halbfabrikaten, welche der heimischen Industrie unentbehrlich sind. Vor 1879 bestand in Frankreich ein höherer Baumwollengarnzoll, als in Deutschland. Das gab der deutschen Industrie den sehr erheblichen Vorprung einer 4 bis 7 pCt. billigeren Fabrikation. Durch die Erhöhung des Zolles ist dieser Vortheil geschwunden. Hauptkonkurrentin der deutschen Industrie ist Lyon, wo auch alle Hilfsgeräthe der Seiden-Industrie, Appretur und Färberei, in höchster Blüthe stehen, und wo außerdem der Seidenmarkt für ganz Europa ist. Die Lyoner Seidenfabrikanten können direkt am Platze ihr Rohmaterial kaufen, während wir es erst von Lyon beziehen müssen. Außerdem produziert Frankreich auch selbst noch Seide, und es ist dabei das Land der Mode mit dem großen Welttemporium Paris, wodurch der Export außerordentlich erleichtert wird. Jetzt haben nun die Franzosen die admission temporaire geschaffen. Wie werthvoll dieselbe für Frankreich ist, geht daraus hervor, daß ein einziger großer französischer Fabrikant von ihr Gebrauch gemacht hat für Waaren im Betrage von mehr als einer Million Mark. Mein Antrag ist namentlich gestellt im Interesse der niederrheinischen Webereiindustrie. Niemand habe ich die Abwesenheit von August Reichenberger so bedauert wie heute; er mit seiner aus warmem Herzen kommenden Bereitwilligkeit hätte Ihr Herz gewiß gerührt. Unsere Spinnereien können nicht die Garne fabriziren, welche unsere Halbschleidenindustrie gebraucht. Im Jahre 1879 mochte man die Zollhebung damit, daß man sagte, die elssässischen Spinnereien würden ihre Fabrikation so einrichten können, daß sie auch die feineren Nummern spinnen, und unsere Industrie werde nicht mehr auf englische Garne angewiesen sein. Das ist aber nicht geschehen, und ob es jemals geschehen wird, ist sehr zweifelhaft. Daher bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Grad: Die Menge der vorliegenden Anträge beweist, um welche große Interessen es sich hier handelt. Aber sie wären wohl nicht gestellt, wenn die Herren der Enquete von 1878 oder den Verhandlungen über den Zolltarif im Jahre 1879 beigewohnt hätten. Denn die damals beschlossenen, jetzt geltenden Zollsätze sind das Resultat eines Kompromisses zwischen Halbschleidenfabrikanten und Baumwollspinnern. Während damals die elssässischen Spinner bei der Reichs-Enquete einen Maximalzoll von 22 R. vorschlugen, wollten die Vertreter der Krefelder Interessen wie Herr Reichenberger den Zoll auf 24 R. herabsetzen. Gewiß bedauere ich die Nothlage der Handweberei am Rhein, aber sie ist verursacht durch den Uebergang der Handweberei zur mechanischen Weberei, nicht durch die französische Konkurrenz und die sog. admission temporaire. Ein mechanischer Webstuhl mit einem Arbeiter produziert so viel wie 8—10 Handweber, die durch den Uebergang zur mechanischen Weberei zu Tausenden abdrückt werden, wie es auch in der Weinweberei geschehen ist. Mit der admission temporaire in Frankreich sind solche Schwierigkeiten verbunden, daß die wirklich zollfreie Einfuhr eine unbedeutende ist: etwa 24,000 Kilogramm Garne im letzten Jahre, womit die deutsche Halbschleidenindustrie doch gewiß nicht konkurrenzfähig gemacht wird, zumal in Frankreich die Baumwollenspinnerei bis 360 Fr. pro 100 Kilogramm steigen gegenüber von 36 R. in Deutschland und die Schappeide für die Halbschleidenindustrie zollfrei eingeführt werden kann und in Frankreich für die Seidenweberei einem Zoll unterworfen ist. Man sagt, Elsass produziere keine Garne über Nr. 60; aber wenn sie keinen Nutzen davon haben, warum bemühen sich denn elssässische und deutsche Spinner darum, solche Höhe im Tarif zu haben? In der That spinnen in Mülhausen 400,000 Spindeln feine Garne, was der Produktion von 400,000 Spinnereien mit dem ehemaligen Spinnrad gleichbedeutend wäre. Die elssässische Feinspinnerei hat sich unter französischem Regime entwickelt, weil wir damals einen Schutz bis 360 Fr. pro 100 Kilogramm hatten, während

die deutsche Feinspinnerei sich mit dem Zoll von 12 R. pro 100 Kilogramm vor 1879 nicht entwickeln konnte. Durch den Anstich der Reichslande an Deutschland ist die Zahl der Spindeln um die Hälfte gestiegen, und im allgemeinen Interesse der Baumwollenspinnerei in Deutschland ist der jetzige Zoll eingeführt. Lassen wir ihn mit seinen Sätzen bestehen und lehnen wir sämtliche Anträge ab!

Abg. Broemel: Wenn die elssässischen Spinnereien schon vor 1879 die feineren Garnsorten hergestellt haben, so ist das eher ein Beweis gegen, als für die Zollhebung, denn vor 1879 haben wir nur ganz minimale Höhe auf Baumwollengarn gehabt. Wenn aber im Elsass die feineren Garne gesponnen würden, so müßten sie doch auch für die Halbschleiden-Industrie verwendet werden können. Herr Grad hat aber nicht bewiesen, daß sich hierfür diese Garne ebenso eignen, wie die englischen. Aus der kürzlich erschienenen Broschüre eines größeren Webereibesizers, der versucht hat, aus den elssässischen Fabriken die feineren Garne zu beziehen, geht hervor, daß der Preis der elssässischen Garne ein viel höherer ist, als der der englischen, und daß die Qualität der ersteren sich absolut nicht zur Halbschleidenfabrikation eignet; und dabei ist dem Herrn von den elssässischen Spinnern versichert worden, daß sie die beste Qualität ihrer Produkte geliefert hätten. Der Abg. Grad will die augenblickliche schlechte Lage der Halbschleiden-Industrie darauf zurückzuführen, daß dieser Fabrikationszweig in letzter Zeit von der Handweberei zur Maschinenweberei übergegangen sei. Daraus ließe sich vielleicht die Nothlage einiger kleiner Webmeister erklären, aber nicht der Rückgang des Exports; denn durch den Uebergang von der Hand- zur Maschinenweberei wird die Produktion gesteigert, der Export also nicht behindert, sondern gefördert. Uebrigens wäre der Bundesrath auch ohne gesetzliche Befugnis in der Lage gewesen, den Wünschen der Halbschleidenfabrikanten entgegenzukommen; denn schon in früherer Zeit hat man mehrfach die zollfreie Einfuhr von fremden Garnen, wenn sie unter Kontrolle verwendet wurden, gestattet. Da der Bundesrath aber ein solches Vorgehen abgelehnt, so habe ich meinen Antrag gestellt, der auch nicht mehr ungewöhnlich ist; denn bei der Mühlenindustrie hat man ein ähnliches System eingeführt. Die Erweiterung meines Antrages durch den Abg. Trimborn ist mir sympathisch; denn es wäre ungerecht, den Ausländer durch den deutschen Export zu begünstigen, um den Inländer dafür um so mehr zu schröpfen. Mein Antrag bezieht sich übrigens nicht bloß auf die Halbschleiden-Industrie, sondern auch auf die Fabrikation von Nähfäden. Eine Zollhebung zum Schutze dieser Fabrikation wünsche ich nicht; wenn aber diese Industrie auf dem auswärtigen Markt mit der fremden nicht konkurrenzfähig ist, so will ich ihr wenigstens den Bezug ihres Rohmaterials durch eine kleine Maßregel erleichtern.

Staatssekretär v. Burchard: Die Lage der Webereiindustrie am Rhein ist allerdings sehr ungünstig; vor Kurzem waren von 33 000 Webstühlen 8500 unbeschäftigt. Die preussische Regierung hat die Ursachen dieses Nothstandes sorgfältig zu ermitteln versucht, und würde, wenn sie gefunden hätte, daß die admission temporaire ein, wenn auch vorübergehendes Heilmittel wäre, gewiß zu dieser Maßregel gegriffen haben. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Hauptursachen des Nothstandes liegen in dem Uebergang von der Handweberei zur mechanischen Weberei, wodurch viele Weber brotlos geworden sind; ferner in dem Wechsel der Mode, welcher namentlich die Stoffe und auch die Sammetweberei betroffen hat. Andererseits würde auch der Nutzen, den die Weberei von der Admission hätte, nur minimal sein, und kaum 1/2 pCt. des Wertes der Waare betragen. Unter diesen Umständen konnte die Regierung sich nicht zu einer Maßregel entschließen, welche wichtige Interessen der Spinnerei schädigen würde. Auch Frankreich hat von der Admission keineswegs so sehr große Vorteile gehabt. Dazu kommt, daß mit der Admission ungewissheit an den Grundlagen unserer Zollgesetzgebung gerüttelt werden würde, und daß endlich die Behauptung, unsere Feinspinnerei würde sich nicht so weit entwickeln können, daß das englische Garn entbehrlich wird, unerwiesen ist. Diese Gründe haben die Regierungen bestimmt, sich zur Einführung der Admission in unser Zollsystem nicht zustimmend zu verhalten.

Abg. Lohren spricht sich gegen den Antrag aus. Der Import von feinen englischen Garnen erfordert für die betreffende Industrie einen Zollaufwand von 25 000 R. Da ungefähr zwei Drittel der Halbschleidenfabrikate für den Export bestimmt sind, so fällt auf die exportirten Waaren ein Zollaufwand von 16—17 000 R. Was macht das aus bei einem Export, dessen Werth sich auf 80 Millionen Mark beläuft? Und sollen wir darum die Entzückung unserer gesammten Baumwollspinnerei auf Spiel setzen? (Wo! links.) Wenn Sie den 400 000 Feinspindeln, die über Nr. 60 spinnen, den Zollschutz entziehen, so wird die Folge sein, daß sie unter Nr. 60 herabgehen. Der Antrag wird der Halbschleidenindustrie keinen Vortheil schaffen, wohl aber unsere gesammte Baumwollspinnerei schädigen.

Abg. Buhl: Der Herr Staatssekretär hat anerkannt, daß eine Krise für die Krefelder Halbschleiden-Fabrikation besteht. Aber das Erleichterungsmittel, ein erhöhter Zoll auf ganz seidene Waaren, muß bei der geringen Einfuhr dieser Waaren bedeutungslos bleiben. Ich bin ein Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit. Aber wenn wie hier auf der einen Seite die elssässischen Baumwollspinner mit 20 000 Arbeitern, auf der anderen Seite die gesammte deutsche Baumwollweberei mit ungefähr 180 000 Arbeitern einander gegenüberstehen, bin ich nicht im Zweifel, auf welcher Seite ich zu treten habe. Die Gespinnste, welche die Krefelder Industrie gebraucht, können nicht in entsprechender Weise im Elsass angefertigt werden. Ich werde deshalb mit einem Theile meiner politischen Freunde in erster Linie für den Antrag Benzig, wenn dieser abgelehnt werden sollte, für den Broemel'schen Antrag stimmen.

Abg. v. Fischer: Wenn wirklich einige Spinnereigesellschaften hohe Dividenden zahlen, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Baumwollspinnerei insgesamt des Schutzes entbehren könne! Diese Gesellschaften erzielen gute Betriebsergebnisse nur dadurch, daß sie unter günstigen Verhältnissen arbeiten. Ich habe, als ich die Anträge las, den Eindruck erhalten, daß sie den ersten Angriff auf den Tarif von 1879 bedeuten. Es soll ein Loch in die damals so mühsam zu Stande gebrachte Arbeit gerissen werden, und man hofft, wenn dieses Loch erst gemacht ist, zu weiteren Angriffen vorgehen zu können. Dieser Eindruck bestimmt mich, gegen alle Anträge zu stimmen, um die 1879 geschaffene Grundlage zu erhalten. Man weist auf die Krefelder Halbschleidenindustrie hin. Ja kann nicht einsehen, worin die Nothlage derselben besteht soll. Seit 1879 hat der Export dieser Industrie um 60 Prozent zugenommen, und wenn derselbe in den ersten Monaten dieses Jahres zurückgegangen ist, so ist zu erwägen, daß es sich um Nothartikel handelt, die in der Winterzeit nicht recht zu geben pflegen. Man weist auf Frankreich hin. Aber gerade dort arbeitet die Halbschleidenindustrie unter viel ungünstigeren Verhältnissen. Allerdings ist

dort die admission temporaire eingeführt, aber man macht nur geringen Gebrauch von derselben. Die Schwierigkeiten unserer Halbleidindustrie erklären sich lediglich aus einem Wechsel in der Mode, gegen die Mode aber kann der Gesetzgeber nichts ausrichten. Herr Bühl versucht die Weber und Spinner in einen Gegensatz zu einander zu bringen. Ich habe auch Gelegenheit, die Wechselbeziehung zwischen Webern und Spinners zu studiren, und ich muß sagen, es gelingt nicht die Interessen beider zu trennen. (Auf: Aktiengesellschaften!) Ich habe nicht nur die Aktiengesellschaften in meiner Heimath im Auge, die zugleich einen Spinneret- und Webereibetrieb unterhalten, sondern ganz getrennte Betriebe, und doch ist es denselben stets gelungen, sich unter einander zu verständigen. Wenn gesagt worden ist, die elssässischen Baumwollspinner könnten so feine Garne nicht liefern, wie sie die Halbleidindustrie gebrauche, so widerspricht sich dem. Die Elssässer haben unter der Herrschaft des französischen Tarifs eine Feinspinnerei gehabt, die sie erst unter deutscher Herrschaft wieder aufgegeben haben. Seit 1879 ist es ihnen gelungen, wieder mehr Feinspinnerei zu betreiben, und wenn Sie wünschen, daß sie auch die feinsten Garne wieder spinnen, so geben Sie ihnen den Zollschutz, den ihnen die Franzosen gewährt. Sie werden dieselben sicher anfertigen, fertigen sie zum Theil jetzt schon an; denn die Anfrage aus Bieren, ob auch im Elssah die feinen Garne gesponnen werden könnten, deren die Halbleidindustrie bedürftig, war nur an solche Spinner gerichtet, von denen man wußte, daß sie feine feinen Garne spinnen. Ich bitte Sie nochmals, die Anträge abzulehnen und kein Loch in den Tarif von 1879 zu reißern.

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär v. Burchard: Die Behauptung, daß ich vollständig die Vorschläge zur Hebung der Nothlage der Reichs-Halbleidindustrie zurückgewiesen habe, ist thatsächlich falsch. Ich habe gesagt, daß die preussische Regierung geneigt gewesen sei, selbst auf die admission temporaire einzugehen, wenn sie hätte hoffen können, daß dasselbe zu einem beträchtlichen Erfolg führen würde. Aber davon hat sie sich nicht überzeugt. An wahren Herzen für die nothleidende Industrie hat es also der Regierung nicht gefehlt. Herr Bamberger hat soeben gemeint, daß sein Antrag das Prinzip des Schutzzolls nicht schädigen werde. Ich theile diese Auffassung nicht. Im Gegentheil, wenn es an diesem Punkte gelingen sollte, den Zolltarif abzuschwächen, so wird darin nur ein Anreiz liegen für weitere Verluste in gleicher Richtung. Sobald das Prinzip durchbrochen ist, wird die admission temporaire zur dauernden Einrichtung, und jede Hebung unserer Feinspinnerei unmöglich gemacht werden. Das würde auf die Dauer auch eine materielle Schädigung unserer Interessen bedeuten. Ich halte die admission temporaire aber auch darum für kein geeignetes Mittel, weil sie dem Export in keiner Weise Vortheil leisten wird.

Nachdem noch Abg. Trimborn seine Auffassung gegen die Ausführungen des Abgeordneten Grad gerechtfertigt hat, nimmt Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

Abg. Bamberger: Ich habe in dieser letzten Bemerkung die Ankündigung einer Zolltarifhebung für Baumwollgarne; das sei geeignet, die Weberei in Deutschland zu beunruhigen; er empfehle die Annahme des Antrages Broemel. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß er von einer Absicht der Regierung, die Zollsätze zu erhöhen, nicht gesprochen habe; das könne er gar nicht, da über diese Frage nicht verhandelt sei. Die Spinner selbst haben nur die Meinung, daß eine Zolltarifhebung nothwendig sei. In der Abstimmung werden darauf sämmtliche Anträge abgelehnt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Petitionen, Zolltarif.)

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

gewesen sei, selbst auf die admission temporaire einzugehen, wenn sie hätte hoffen können, daß dasselbe zu einem beträchtlichen Erfolg führen würde. Aber davon hat sie sich nicht überzeugt. An wahren Herzen für die nothleidende Industrie hat es also der Regierung nicht gefehlt. Herr Bamberger hat soeben gemeint, daß sein Antrag das Prinzip des Schutzzolls nicht schädigen werde. Ich theile diese Auffassung nicht. Im Gegentheil, wenn es an diesem Punkte gelingen sollte, den Zolltarif abzuschwächen, so wird darin nur ein Anreiz liegen für weitere Verluste in gleicher Richtung. Sobald das Prinzip durchbrochen ist, wird die admission temporaire zur dauernden Einrichtung, und jede Hebung unserer Feinspinnerei unmöglich gemacht werden. Das würde auf die Dauer auch eine materielle Schädigung unserer Interessen bedeuten. Ich halte die admission temporaire aber auch darum für kein geeignetes Mittel, weil sie dem Export in keiner Weise Vortheil leisten wird.

Nachdem noch Abg. Trimborn seine Auffassung gegen die Ausführungen des Abgeordneten Grad gerechtfertigt hat, nimmt Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

Abg. Bamberger: Ich habe in dieser letzten Bemerkung die Ankündigung einer Zolltarifhebung für Baumwollgarne; das sei geeignet, die Weberei in Deutschland zu beunruhigen; er empfehle die Annahme des Antrages Broemel. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß er von einer Absicht der Regierung, die Zollsätze zu erhöhen, nicht gesprochen habe; das könne er gar nicht, da über diese Frage nicht verhandelt sei. Die Spinner selbst haben nur die Meinung, daß eine Zolltarifhebung nothwendig sei. In der Abstimmung werden darauf sämmtliche Anträge abgelehnt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Petitionen, Zolltarif.)

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

Abg. Bamberger: Ich habe in dieser letzten Bemerkung die Ankündigung einer Zolltarifhebung für Baumwollgarne; das sei geeignet, die Weberei in Deutschland zu beunruhigen; er empfehle die Annahme des Antrages Broemel. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß er von einer Absicht der Regierung, die Zollsätze zu erhöhen, nicht gesprochen habe; das könne er gar nicht, da über diese Frage nicht verhandelt sei. Die Spinner selbst haben nur die Meinung, daß eine Zolltarifhebung nothwendig sei. In der Abstimmung werden darauf sämmtliche Anträge abgelehnt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Petitionen, Zolltarif.)

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

Abg. Bamberger: Ich habe in dieser letzten Bemerkung die Ankündigung einer Zolltarifhebung für Baumwollgarne; das sei geeignet, die Weberei in Deutschland zu beunruhigen; er empfehle die Annahme des Antrages Broemel. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß er von einer Absicht der Regierung, die Zollsätze zu erhöhen, nicht gesprochen habe; das könne er gar nicht, da über diese Frage nicht verhandelt sei. Die Spinner selbst haben nur die Meinung, daß eine Zolltarifhebung nothwendig sei. In der Abstimmung werden darauf sämmtliche Anträge abgelehnt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Petitionen, Zolltarif.)

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

Abg. Bamberger: Ich habe in dieser letzten Bemerkung die Ankündigung einer Zolltarifhebung für Baumwollgarne; das sei geeignet, die Weberei in Deutschland zu beunruhigen; er empfehle die Annahme des Antrages Broemel. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß er von einer Absicht der Regierung, die Zollsätze zu erhöhen, nicht gesprochen habe; das könne er gar nicht, da über diese Frage nicht verhandelt sei. Die Spinner selbst haben nur die Meinung, daß eine Zolltarifhebung nothwendig sei. In der Abstimmung werden darauf sämmtliche Anträge abgelehnt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Petitionen, Zolltarif.)

Abg. Bamberger: Mir fehlt eigentlich die Lust, in einem Hause über Zollfragen zu sprechen, in welchem Herr Staudy mit seinem Wort, Zollanträge brauchen nicht begründet zu werden, nicht unrecht zu haben scheint. Herr Staudy war eigentlich nur ein bißchen enfant terrible, als er sagte, solche Anträge brauche man nicht zu begründen; sei es, daß die Regierung sie vorschlägt, sei es, daß die über die Regierung stehende, höhere freie wirtschaftliche Vereinigung es thut, welche wahrhaftig so heißt, weil sie aller freien Wirtschaft den Tod geschworen hat, oder auch, weil ihre Mitglieder nur mit gebundener Marchroute möglichst unfrei marchiren müssen. Ich habe den Antrag Broemel nur mit schwerem Herzen unterstügt, weil solche Ausnahmestillstellungen in einem bestehenden Zolltarif nur dazu dienen können, das Schutzzollsystem zu beschleunigen. (Sehr wohl! links.) Aber die Noth lehrte beten: und wenn ich sehr, daß unsere Industrie ohne Vortheil für irgend Jemand, nur aus tendenziösem Fanatismus heraus, und aus einer Art Angst, man könne zum Nachdenken über das Schutzzollsystem kommen, geopfert werden soll, so will ich lieber Gefahr laufen, daß das Schutzzollsystem befestigt werde, als daß die Dinge so wie bisher weiter gehen. Daß das Elssah jedesmal kommt, um seinen Standpunkt als den des ganzen Deutschen Reiches vorzutragen, bin ich schon gewohnt. Ein böses Kind muß ja auch zwei Sätze haben; (Heiterkeit) aber mehr als zwei Sätze können Sie im Elssah doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie sind schon sehr gut bedacht worden und dürfen dem übrigen Deutschland doch noch einige Existenzberechtigung zugestehen. Die Ausführung des Herrn v. Burchard, daß die leidende Halbleidindustrie sich in Resignation setzen müsse, klang allerdings sonderbar, nachdem der Reichskanzler bei den Getreidezöllen mit erwidert hatte, ich hätte die Lage der Getreideproduktion geschilbert, aber mit läßlichem Herzen. Ob das damals auf mich gepakt hat, lasse ich dahingestellt; aber wenn es auf etwas paßt, so ist es auf das, was hier verhandelt wird. Hier wird zugegeben, daß die Industrie aus bestimmten Gründen nothleidet; und nun sieht sie einen Strohhalm, an dem sie sich halten kann. Aber auch dieses Mittelchen verweigert man ihr! (Sehr wahr! links.) Wenn ich die Herren hier im Hause einer Industrie gegenüber vorrechnen hör, daß es ihr auf 1/2 oder 1/4 pCt. mehr oder weniger bei den Anschaffungskosten nicht ankommen könne, so fühle ich mich schmerzlich berührt; umso mehr, wenn ich sehe, wie die Industrie jahraus, jahrein sich quälen muß, und wie das Ausrechnen und Ausknöcheln gerade jeder Kleinigkeit jetzt schließlich die Existenz der meisten Industrien bei dieser unbeschränkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Im Uebriem verwehre ich mich gegen die hier aufgestellten Prozentrechnungen. Nach einer Berechnung der Lyoner Handelsskalar mer wachst der Unterschied 5-6 pCt. gegen früher aus, seitdem die admission temporaire eingeführt ist. Es macht auch keinen günstigen Eindruck auf mich, wenn man einer leidenden Industrie sagt: „Ja allerdings, es geht nicht mehr, fangen Sie gefälligst etwas Anderes an!“ (Sehr wahr! links.) Ein französisches Sprichwort sagt: les conseillers ne sont pas les payeurs. (Die Berater sind nicht die Bezahler.) Die Herren, die der Industrie jenen Rath geben, würden sich hätten, dies zu thun, wenn es ihnen etwas kostete. Man soll Gott danken, wenn in heutiger Zeit eine Industrie besteht, und soll nicht in Folge bloß theoretischer Entwürfe sagen, die Industriellen sollen umspannen und sehen, wie sie etwas Neues finden. Ich kann auch weder zugeben, daß man einen Nothstand zu beweisen brauche, damit eine Industrie möglichst freie Entwicklung hat; noch gebe ich zu, daß im vorliegenden Falle der Nothstand weniger vorhanden ist, als in anderen Fällen, wo man ihn so stark ins Feld geführt hat, um gerade die Hölle zu motiviren. Es weht mich eigenhümlich an, wenn Sie sagen: Der Uebergang zur mechanischen Weberei sei die Ursache des Nothstandes und dagegen lasse sich nichts machen. Mit welchen Traverationen pflegen Sie nicht sonst zu jammern, wie der arme Handwerker, der noch die alte deutsche Treue im Herzen trage (Heiterkeit) schußlos dem Noth der modernen Maschinenindustrie preisgegeben werde! So wird das Lied verschiednen gelungen, je nachdem es gerade paßt. Die Herren sagen: principis obsta! Es sei bedenklich, die temporäre Admission inmitten des Zolltarifs einzuführen. Aber wir haben dieses Prinzip schon bei den Mühlenfabrikaten und beim Robstein. Weshalb sollen wir nicht dasselbe mit einer anderen Methode zur Anwendung bringen? Es ist vor wenigen Tagen haben Sie den Antrag Chokolade in ähnlicher Weise zu behandeln für so richtig erachtet, daß Sie denselben an eine Kommission verweisen haben. Wir haben also noch nicht einmal eine prinzipielle Neuerung eingeführt. Die deutsche Industrie, über die bald geklagt, bald freudlich wird, nimmt es an Fingigkeit im Bestreben, sich den Markt zu erobern, mit jeder Industrie auf. Sie hat die bisher für unüberwindlich gebaltene englische Industrie in vielen Branchen aus dem Felde geschlagen. Gerade darin liegt ein Grund mehr, ihr diese Bewünstigung zu gewähren. Wenn ich bedenke, welche Mittel wir auswenden, um uns Kolonien zu gründen, in denen wir Abfall finden für unsere Waaren, und wenn ich bedenke, wie viel geringere Mittel wir hier für ein bestehendes Gewerbe fordern, das auch den Zweck hat, den Nationalwohlstand zu vermehren, so kann ich mir nicht denken, daß das Haus unserem beschiedenen Antrag seine Zustimmung verweigern werde. Es ist ja Sitte, bei großen feierlichen und offiziellen Gelegenheiten auch etwas Großmuth zu üben, auch etwas an die Bedrückten zu denken. (Heiterkeit.) Sie feiern jetzt ein solches Fest an Hölle (Heiterkeit links), daß Sie wirklich sich in guter Stimmung wie nach einem fetten Mahle befinden und einmal daran denken sollten, den armen Leuten, die diese Zollvergünstigung haben wollen, auch einen Obulus zu schenken. Lassen Sie mich diesen Obulus festhalten. Ich denke mit einer kleinen Versicherung an einen berühmten Vers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Sinnen! (Beifall und Heiterkeit links.)

Staatssekretär v. Boetticher die Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, als hätten sie sich herzlos gegenüber der Nothlage der niederrheinischen Halbleidindustrie gezeigt. Aber die Regierung habe nach eingehender Untersuchung gefunden, daß die admission temporaire jener Industrie nur einen minimalen Nutzen, der deutschen Spinnerei aber einen erheblichen Schaden bringen würde. Daß die Feinspinnerei sich in Deutschland noch nicht genügend entwickelt habe, soll angeblich an dem noch nicht genügenden Zollsatze liegen.

betr. die Straffreiheit des Sacramentspred und Meßlesens. Der Antrag wird nach längerer Debatte in namlicher Abstimmung mit 169 gegen 127 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmen Centrum und Volkspartei der Freisinnigen und einige Konserervative. Rumreud wird ein Vertagungsantrag angenommen. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Rechtsordnung für Hessen-Kassau.)

lokales.

Er. Es wird endlich Sommer, selbst wenn man den zwanzig Grad Reaumur, die wir bereits Mittags zeichnen haben, nicht merken würde, so sprechen doch andere ganz untrügliche Anzeichen dafür. Gestern bereits das erste Speiseeis ausgerufen, wie lange wird es dauern und der schiller Auf eines jugendlichen Verkäufers sprechend in langgezogenen Tönen seine „Hilgenkübel“ an! Die Tanten haben auch schon ihre stehende Rubrik „Hilgenkübel“ wieder eröffnet, eine graufame Verpöbelung für den Mann, der mit einer badebedürftigen Gattin behaftet Arbeiterkreise in diese Krankheit, das alljährliche obligate Besuchen eines Kurortes nämlich, aus dem einfachen Grunde nicht gut möglich, weil die Mittel fehlen. In den besten Kreisen gehört es jedoch einfach zum guten Ton, ins Meer zu reisen, denn wir haben es glücklich schon soweit gebracht, es bei den feinen Damen für modern gilt — krank! Die Vieblingskrankheit dieser Damen nennt sich „Reise“. Wenn man bei den Frauen „gebildeter“ Kreise, besonders den verheiratheten, anfragt, so wird man kaum eine Frau nicht verwirrt. Selbst Frieslerfrauen, deren natürliches Geld erworben haben, behaupt

Nachlass figurieren, während zu diesem in Wirklichkeit noch zwei Wechselorderungen über 600 bzw. 900 M., ein Schuldchein über 15 M. und ein Fleischwagen gehörten, welche von der Hornow nicht angegeben wurden. Es später ermittelte der Vormund der benachteiligten Kinder diese Nachlassgegenstände und verschickte dieselben im Interesse seiner Minderlinge, soweit dies möglich war. Zum Nachlass gehörte aber namentlich außer den oben aufgeführten Objekten eine Hypothek, welche für den erstorbenen Friedrich Hornow auf einem, auf Rügen belegenen Grundstücke des Häuslers Last eingetragen war. Dieselbe betrug 472 Thlr. nebst 5 pCt. Zinsen, zahlbar nach 6monatlicher Rindigung. Diese Forderung war im Nachlass-Inventar nicht angegeben, sondern vielmehr unter Mitwirkung der übrigen Angeklagten für sich eingezogen. Nachdem die Angeklagte Hornow zunächst durch einen mit „Hornow“ unterzeichneten und augenscheinlich von der Angeklagten Steller geschriebenen Brief unterm 17. Juni die Auszahlung der Hypothek direkt beim Amtsgericht zu Bergen zu erwirken verucht hat, aber abschlägig beschieden worden war, veranlaßte sie unterm 28. Juni den Steller durch Brief an den Vasi, die Hypothek zu kündigen und soll die Unterschrift „F. Hornow“ in diesem Falle von dem Mitangeklagten Gardt, einer Tochter der Hornow aus erster Ehe herrühren. Last schickte aber das Geld nach 6 Monaten nicht ein und nun reiste Steller im Januar 1882 selbst nach Bergen, um die Angelegenheit zu regulieren. Die von Steller mitgedachte, mit dem Namen F. Hornow unterzeichnete Vollmacht genügt nicht, um die Auszahlung der Hypothek zu bewirken und nun wurden zu diesem Behufe noch verschiedene, von fast sämtlichen Angeklagten geschriebene und mit der Unterschrift des toten F. Hornow versehene Briefe gewechselt. Als Alles vergeblich war, griff man zu drastischeren Mitteln, man mußte die falsche Unterschrift des Hornow notariell beglaubigen lassen. Der Angeklagte Kappmeyer wurde beim Notar Krennig als der Kunsthandwerker Hornow ausgegeben und vom Angeklagten Geißler, welcher bei dieser Komödie die Hauptrolle spielte, rekonstruiert. Hierauf nahm der Notar keinen Anstand, dessen Unterschrift zu beglaubigen und nunmehr war es ein Leichtes, die 470 Thaler vom Vochen Last einzulassen, was denn auch innerhalb kurzer Zeit gelang. Sämtliche Angeklagte haben in mehr oder weniger umfassender Weise hiermit mitgewirkt. Als der Briefträger den an „F. Hornow“ adressierten Geldbrief nur dem Adressaten selbst übergeben wollte, rief Frau Hornow dem bei ihr wohnenden Kappmeyer herbei und behauptete: „das ist ja mein Mann!“ woraus der Briefträger das Geld aushändigte. Den 6 Angeklagten stehen folgende Verurteilungen zur Seite: Dr. Seligsohn, Justizrath Geith und die Rechtsanwältin Greling, Dreu, Gschle und Pinner. Für die Verhandlung sind zwei Tage angelegt und werden wir über deren Verlauf morgen berichten.

Zur Nachwächter-Affaire in Hannover. In der bekannten vielbesprochenen Angelegenheit, betreffend den Konflikt zwischen Offizieren der hannoverschen Garnison und städtischen Nachwächtern in Ausübung ihres Berufs, ist, wie der „Hann. Kur.“ hört, jetzt dem Magistrat das gegen jene Offiziere gefällte und von dem Kaiser bestätigte Urtheil des Kriegsgerichts bekannt gegeben. Dasselbe geht dahin, daß: 1) der Sekondeleutnant Siegen, Füsilier-Regiments Nr. 73, zwar nicht wegen thätlichen Angriffs auf einen Beamten, doch wegen körperlicher Mißhandlung in zwei Fällen, wegen rechtswidrigen Gebrauchs der Waffe, sowie wegen Widerstandes gegen Beamte in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit acht Wochen Gefängnis; 2) der Sekondeleutnant Freiherr von Wäldenweber, Füsilier-Regiments Nr. 73, unter Freisprechung von der Anschulldigung der versuchten Freisetzung eines Gefangenen und des thätlichen Angriffs auf Beamte, wegen körperlicher Mißhandlung und rechtswidrigen Gebrauchs der Waffe, sowie wegen Gebrauchs einer Waffe bei einer Schlägerei mit sechs Wochen und einem Tage Gefängnis und fünf Tagen Haft; 3) der Premierleutnant Wynneck, Füsilier-Regiments Nr. 73, wegen versuchter Freisetzung eines Gefangenen und thätlichen Angriffs auf einen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes mit fünf Tagen Gefängnis und wegen Gebrauchs einer Waffe bei einer Schlägerei mit fünf Tagen Haft; 4) der Sekondeleutnant Freiherr von Wangenheim, Füsilier-Regiments Nr. 73, unter Freisprechung von der Anschulldigung des thätlichen Angriffs auf Beamte, wegen versuchter Freisetzung eines Gefangenen mit drei Tagen Gefängnis, und wegen Gebrauchs einer Waffe bei einer Schlägerei mit fünf Tagen Haft zu bestrafen sei; 5) der Sekondeleutnant Stern, 74. Regiments, aber von der Anschulldigung des Bundesverhandels gegen die ihm als Befehlshaber einer militärischen Wache ertheilten Vorschriften und von der Anschulldigung der Freiheitsberaubung freizusprechen sei. Durch dieselbe Allerhöchste Kabinetsordre ist den ersten vier Offizieren die wider sie erlassene Freiheitsstrafe von Seiner Majestät dem Kaiser in Gnaden erlassen worden. Dem Bürgervorsteherkollegium ist seitens des Magistrats von dieser Entscheidung Kenntniß gegeben worden.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Ein neuer Streik ist bei den Schloßern ausgebrochen. Die Herren Schlossermeister können sich immer noch nicht daran gewöhnen, daß die Gesellen unter sich eine Bewegung ins Leben gerufen haben, welche geeignet ist, ihre zum größten Theil sehr traurige Lage zu verbessern. Anstatt daß nun die Meister eine solche Bewegung mit Freuden begrüßen sollten, weil sie ja im Stande ist, auch die Lage der Meister (welche ja auch nicht alle auf Kosten gebettet sind) zu verbessern, suchen dieselben den Gesellen alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. So wurden in letzter Zeit in einer der hiesigen größeren Werkstätten einige der ältesten und bewährtesten Kräfte entlassen, weil sie sich an dieser Bewegung beteiligten hatten, und gefahren (Mitwoch) ist in einer andern Werkstatt wegen einer solchen Maßregel die Arbeit niedergelegt worden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In der Werkstatt des Herrn Duxke, Friedländerstr. 247, ergriff noch die 11 stündige Arbeitszeit; In der letzten Woche verabredeten sich die Arbeiter, um bei Herrn Duxke vorstellig zu werden, ob er nicht gewillt sei, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Der älteste Arbeiter, welcher am letzten Sonnabend damit beauftragt wurde, traf den Herrn Duxke nicht anwesend, in Folge dessen blieb es vorläufig beim Alten. Als nun die Arbeiter am Montag die Arbeit zur regelmäßigen Zeit wieder aufnahmen, wurde einer von diesen plötzlich entlassen. Jedemfalls war derselbe dem Herrn Duxke als der Urheber bezeichnet worden. Die anderen Kollegen fühlten sich aber mit dem Entlassenen solidarisch und als eine nochmalige Vorstellung bei Herrn Duxke keinen Erfolg hatte, legten gestern sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Auch eine Vorstellung des Leiters der Arbeiterbewegung im Beisein der zwei ältesten Kollegen verlief resultatlos. Wir versuchen nun die Kollegen Berlins, den Bezug zu dieser Werkstatt fern zu halten, damit die Forderungen der Streikenden nicht illusorisch gemacht werden. Alles Nähere ist zu erfahren bei dem Leiter der Arbeiterbewegung C. Niehe, Alexandrinenstr. 118a, oder in der nächsten Versammlung.

Die Kommission der Berliner Tischler sendet uns folgenden offiziellen Bericht über den Stand des ausgebrochenen Tischlerstreiks mit der Bitte um Veröffentlichung. Von den Streikenden erhielten den Tarif bewilligt am 21. u. 22. April Darm, 8. Lamerstr. 33, Ringled, Neuenburgerstr. 25, Noack, Ritterstr. 8, Mittag, Eisenbahnstr. 11, Groß, Vangestrate 68, Reichel, Prenzlauerstr. 15, J. Schürre, Reichenbergerstr. Nr. 144, Weidenbach, Behdenstr. 5, Joppner, Friedenstraße Nr. 53, Cludatz, Lichtensdr., Mehes, Potsdamerstraße 47a, Reime, Weberstr. 41, Quadbafel, Vangest. 70, Lorenz, Dranienstr. 9, Schubert, Veteranenstr. 25, Karow, Gollnowstr. 19,

Fanz, Reichenbergerstr. 46, Thal, Dreifl. 3, Rätzig, Große Kranzstr. 122, Arnold in Ritzdorf, Aders, Belfortstr. 4, Raasfahl, Adersstr. 47, Seifert u. Wol, Fruchtstr. 31, G. Raasch, Andrastr. 39, Krüger, Schönhauser Allee 71a, Krause, Götter Weg 28, Rückwirth u. Riegel, Mantuffelstr. 57, Schmeiser, Schönhauser Allee 26. Am 26. April bis Abend erhielten bewilligt den Minimallohn 211 Werkstätten mit 2165 Mann, hierzu obige 28 Werkstätten mit 254 Mann, welche im Laufe des gestrigen und heutigen Tages bis 2 Uhr Mittags ihre Forderungen bewilligt erhielten. Die Liste der am ersten Tage bewilligten Werkstätten können wir heute wegen Raummangel nicht anführen, dieselbe wird später veröffentlicht. — Liste der Streikenden welche am 21. und 22. April bis Mittags 2 Uhr die Arbeit eingestellt haben, es streiken demnach außer den gestern in „Berliner Volksblatt“ bekannt gemachten Werkstätten noch folgende: Lüders, Bappel-Allee 128, Hoyer, Lauffyer Platz 4, Vinichle, Swinemünderstr. 125, Witt, Kohl, Schillingstr. 38, S. Koch, Weisenburgerstr. 10, Wuyig, Marienburgerstr. 24, Rudolph, Doornmeisterstr. 3, Breitschub, Friedenstr. 35, Schaar, Slattigerstr. 10, Sauer, Eisenbahnstr. 12, Franke, Weidstr. 52, Breikeler, Eisenbahnstr. 12, Wieland, Friedenstr. 44, Neufisch, Krautzstr. 37, Köhn, Reichenbergerstr. 134. Wir erlauben nochmals alle Kollegen, sobald in den gestern angemeldeten Werkstätten als auch in den heute veröffentlichten Werkstätten jeden Bezug fernzuhalten. Eine größere Anzahl Arbeitsstellen dürften noch im Laufe der nächsten Tage und im Anfang der nächsten Woche stattfinden. Wir bitten dies zu berücksichtigen und recht rere für Unterstügungen zu sorgen, damit wir die streikenden Kollegen voll und ganz unterstützen können. Kommission der Berliner Tischler.

Vereine und Versammlungen.

be. In der Versammlung der Mitgliedschaft Berlin I der deutschen Metallarbeiter, welche am Dienstag, den 21. d., Abends, in Meißel's Salon, Kommandantenstr. 71/72, unter Vorsitz des Herrn Klein stattfand, hielt Herr Richelsen einen interessanten Vortrag über „Uebersproduktion oder Unterkonsumtion?“. Leider war die Versammlung sehr schwach besucht. Der Vorsitzende, Herr Klein, führte als Grund für die geringe Theilnahme die überaus traurigen Verhältnisse an, in denen sich die Metallarbeiter Berlins befänden. Hierzu kommt noch, wie Herr Schulz hinzufügte, mangelndes Verständnis und mangelnde Antheilnahme an wissenschaftlichen Vorträgen, die ein gewisses Nachdenken erforderlich machen. — Herr Behrendt gab sodann die Abrechnung über die zum Bielefelder Streik eingegangenen Gelder. Gesammelt sind 388,30 M., die nach Bielefeld abgeführt worden sind. Herr B. dankte im Namen der Bielefelder Streikenden und im Namen des dortigen Kassiers, Herrn Krusemark. Einige Miten seien noch aus, es wird um schleunige Einlieferung gebeten. — Die nächste Versammlung findet am Montag, den 18. Mai, statt, wie nach längerer Debatte beschlossen wurde.

his. Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung von Schuhmacher-Meistern und Gesellen füllte am Montag Abend die Räume des Louisenstädtischen Konzerthauses. Dieselbe war von der Schuhmacher-Lohnkommission einberufen und beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Herrn Wasewitz zunächst mit dem von der Lohnkommission ausgearbeiteten Minimal-Geldlohn-Tarif. Nach einer animirten Diskussion erhob die Versammlung einen Antrag zum Beschluß, der dahin geht, die allgemeine Durchführung des Tarifs energisch zu unterstützen. Der Schuhmachermeister Herr Engler empfahl darauf wieder in einem längeren Vortrage als Hauptmittel zur Abhilfe des herrschend in Nothstandes unter den Schuhmachern die Errichtung von Produktiv-Apostationen mit Saatskredit. In der Diskussion äußerte u. A. Herr Baginski seine Bedenken gegen Staatskredit unter den jetzigen Verhältnissen, wogegen Herr Engler den abstrakten Einwand geltend machte, daß der Staat nur die Gesamtheit des Volkes darstelle. Herr Flavoc trat besonders für ein Handinhandgehen der Kleinmeister und Lohnarbeiter gegen das Großkapital ein. Zum Schluß nahm die Versammlung auch eine Resolution an, durch welche sie sich mit den Ausführungen des Herrn Engler und anderer Redner (!) einverstanden erklärte und der Hoffnung Ausdruck ließ, daß das Vorgehen der Lohnkommission die Lage der Schuhmacher besten werde.

his. In der General-Versammlung der Schlosser, welche am vorigen Sonntag (den 19. d. Mts.) im Konzertlokal „Sandsouci“ in der Rottbuhlenstraße in einer Stärke von ca. 350 Theilnehmern tagte, referierte Herr Niehe über die Beendigung des Streikes in der Schulischen Eisenmöbelfabrik, Lindenstraße 105, welcher über 1000 Mtl. direkte Kosten verursachte und dessen Beendigung im Interesse der Sache notwendig wurde, nachdem Herr Schulz den Forderungen des Programms der Arbeiterbewegung nach kommen war, aber noch immer seine Weigerung aufrecht hielt, sich durch eine Unterschrift zur Aufrechterhaltung der Bewilligung jener Forderungen zu verpflichten. Von den Streikenden ist nur ein einziger, Namens Seidelsohn, dem durch Unterschrift gegebenen Versprechen untreu geworden, bei Herrn Schulz nicht wieder in Arbeit zu treten. Alle übrigen haben, bis auf zwei oder drei, anderweitig wieder Beschäftigung erhalten. — Am nächsten Sonntag wird in demselben Lokal, in 14 Tagen in Moabit wieder eine General-Versammlung stattfinden. Dazwischen sollen Versammlungen einzelner Werkstätten abgehalten werden, in denen Kollegen wegen ihrer Theilnahme an der Arbeiterbewegung gemahnt werden sind.

In der Generalversammlung des Arbeiter-Bezirksvereins vom 15. und 20. Kommunal-Wahlbezirk, welche am Sonntag in Mohlpaupt's Salon unter dem Vorsitz des Herrn Hertzfeld tagte, stand auf der Tagesordnung: 1. Kasernenbericht für das erste Quartal 1885. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Die Rechnungslegung des Kassiers, Herrn Scranewitz wird von den Revisoren für richtig befunden und in Folge dessen dem Kassier Decharge ertheilt. Nachdem Herr Vehmman das Fehlen vieler Mitglieder scharf gerügt hatte, stellt Herr Rikert den Antrag, die Arbeiter-Stadtvorordnet aufzufordern, dahin zu wirken, daß die sog. Suppenküchen in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit auch für den Sommer bestehen bleiben. Hiergegen wurde von mehreren Rednern erwidert, daß diese Küchen der Privatwohlthätigkeit ihr Pesteher verdanken, und daß deshalb der Antrag zwecklos sei. Die Mehrheit der Anwesenden war jedoch der Ansicht, daß dann dahin gewirkt werden müsse, daß die städtische Verwaltung einen Zuschuß zu dieser Wohlthätigkeitsanstalt jähle. Der Vorsitzende verliest sodann einen vom Gesamtverbande unterzeichneten Antrag, der in Erwägung der dem Verein von allen Seiten gewordenen Schwierigkeiten, (Polarentzügen, Verbote etc.) dahin geht, den Verein auszulösen. Nachdem sich sämtliche Redner für den Antrag erklärt und die Mitglieder den Rath ertheilt hatten, sich dem Bezirksverein „Lauffyer Platz“ anzuschließen, wurde der Antrag einstimmig angenommen, und dann die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Tischler hielt am 20. d. M. seine außerordentliche General-Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Tuzauer ab. Sämtliche Verwaltungsofficianten erstatteten Bericht über die Thätigkeit des Vereins, außerdem fanden mehrere Ersgewahlen statt. Es wurden Herr Tuzauer als erster Vorsitzender, Herr Werke als erster Kassier und Herr Sprenger als erster Bibliothekar einstimmig wiedergewählt. An Stelle des Herrn Rosin (erster Schriftführer) wurde Herr Glöck gewöhlt, an Stelle der Herren Fritz und Rohme (Revisor) wurden die Herren Müller und Wedar gewöhlt, als Erasmann für Herrn Glöck Herr Reigner. Ferner wurde beschlossen, die

streikenden Mitglieder mit 2 Mark zu unterstützen. Herr Apel macht noch auf die am 27. d. M. stattfindende Südwest-Versammlung aufmerksam, ebenso Herr Tuzauer auf die Versammlungen im Centrum, welche von jetzt ab Sonnabends abgehalten werden.

hr. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Schmiede, welche am Dienstag Voßringstr. 37 unter dem Vorsitz des Herrn Drewig stattfand, legte der Tischlermeister Herr Mitau in sehr überzeugender Weise dar, daß zur Beseitigung der im Schmiedgewerbe in noch höherem Maße, als in anderen Gewerben, herrschenden Mißstände (Sonntagsarbeit, übermäßig lange Arbeitszeit, große Reserve-Armeer arbeitsloser Gesellen und unzureichende Löhne) außer dem bestehenden Fachvereine noch eine andere umfassendere Organisation unter Leitung einer permanenten Lohnkommission notwendig sei. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, eine 7 Mitglieder zählende permanente Lohnkommission zur Regelung der Arbeitszeit und der Löhne zu wählen und dem Vorsitzenden der Lohnkommission, damit derselbe sich ganz der Vertreibung der Lohnbewegung widmen könne, ein auskömmliches Gehalt auszusprechen. Aus dem dann vorgenommenen Wahlen gingen hervor: als Vorsitzender der Kommission und Leiter der Lohnbewegung Herr Schartow, als Beisitzer die Herren Peters, Schüler, Kaufmann, Hellenberg, Gelpbar und Jünge. Herr Schartow erklärte, daß er die vor Allem nöthigen statistischen Erhebungen persönlich in jeder Werkstatt aufnehmen werde. Die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehende Frage: „Sind wir schon in diesem Sommer im Stande, unser Programm zum Theile auszuführen?“ wurde vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß von den vier Programmpunkten: Abschaffung der Sonntagsarbeit, zehnstündige Normalarbeitszeit, Minimallohn von 18 Mark wöchentlich, Beseitigung aller Koft- und Logisarbeit — die erste im Laufe des Sommers ohne große Schwierigkeit durchzuführen sein werde, da mit dieser Forderung sehr viele Meister schon lange einverstanden seien. Der von jedem Kollegen an den Unterstützungsfonds zu entrichtende wöchentliche Beitrag wurde auf 15 Pf. festgesetzt. Die Festsetzung des dem Leiter der Lohnbewegung monatlich zu zahlenden Gehalts wurde der Lohnkommission überlassen. — Herr Zolber nahm das Wort, um seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Schmiede bei der unter ihnen herrschenden Uneinigkeit und Energielosigkeit auch auf dem jetzt betretenen Wege für sich allein ihre Ziele nicht erreichen werden, und um für Auflösung des Fachvereins und für Eintritt in die neugegründete „nationale Vereinigung der deutschen Metallarbeiter“ zu plädiren. Seine bedeutenden Worte blieben ohne jede Wirkung. Die Herren Kaufmann, Mitau, Mathies, Hellenberg und Hahn traten ihm energisch entgegen und hatten sich dabei der allgemeinen Zustimmung der Versammelten zu erfreuen.

Brandenburg. Nach die Tischlergesellen Brandenburgs haben erkannt, daß es unbedingt nothwendig ist, (wenn nicht die traurigen Verhältnisse, welche augenblicklich hiesorts bestehen, permanent werden sollen), Schritte zu thun, welche den Uebelständen ein Halt gebieten: Es wurde deshalb eine Versammlung einberufen, in welcher Herr Koebel, der Leiter der Lohnbewegung der Berliner Tischler, als Referent fungiren sollte. Leider ist die Versammlung von dem Herrn Oberbürgermeister von Brandenburg verboten worden. Grund zu dem Verbot soll gewesen sein, daß ein Berliner in der Versammlung sprechen sollte. Es wird vom Einberufer Beschwerde geführt werden.

Eine Versammlung des Fachvereins der Tuchmacher fand am Montag im Lokale Bellevue hieselbst statt, in welcher der Berliner Stadtvorordnete Herr Ewald, welcher augenblicklich in Brandenburg sein Domizil aufgeschlagen hat, das Referat übernommen hatte. Diese Versammlung verlief dem Schicksal der Auflösung. Es wurde nur festgestellt, daß Protokoll zu verlesen; als dem Referenten das Wort ertheilt wurde, um über das Reichskantonslohnengesetz zu sprechen, erklärte der überwachende Polizeikommissar die Versammlung für geschlossen. Den Grund gab derselbe erst an, nachdem Herr Ewald ihn mehrmals energisch dazu aufforderte. Trotzdem, daß alles in größter Ordnung verlief, wurde eine Militär-Patrouille von 30 Mann aufgeboden, welche das Versammlungslokal (welches übrigens schon vorher geräumt war), räumen sollte. Bei dieser Gelegenheit wurde ein gerade zum Begräbniß anwesender Pigmarmacher aus Rathenow verhaftet und unter Militär-Eskorte nach dem Rathhaus geschafft.

Den Metallarbeitern Berlins diene zur Kenntniß, daß sich die Arbeiter folgender Etablissements an den Unterstügungen der streikenden Bielefelder Nähmaschinenarbeiter durch den Vorstand des Fachvereins der Berliner Nähmaschinenarbeiter betheilig haben: Die Arbeiter von Rothmann mit 130,49 M., Gert 72,70, Lämmerhirt 64,00, Müller 40,30, Lohde 25,35, Schenk u. Heyde 18,65, Schäffer u. Hauschner 15,60, Böttcher 14,55, Reibinger 13,00, Behrend u. Brune 12,85, Wäden u. Duhle 11,30, Reichelt 11,00, Jerski 10,00, Günther 10,85, Nagelow 8,80, Frister u. Rothmann 8,15, Wernicke u. Gielmann 8,00, Lehmann 8,00, Reiter 4,75, Grunow 2,00, Dierke 1,05. Summa: 487,39 M. Hieron sind abgezahlt nach Bielefeld: 446 M. An einen seiner Zeit anwesenden streikenden Bielefelder 22 M. Ein Rest von 19,39 M. ist der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin O. zur Verfügung gestellt worden. F. Gantzer, Adalbertstraße 66. C. Bornst, Wiesenstr. 38. Revolirt und für richtig befunden durch E. Boe und C. Caspich.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins findet am Donnerstag, den 23. d. Mts., in Kellers Lokal, Andrastr. 21, statt. Tagesordnung: Stellungnahme der Berliner Metallarbeiter zur Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands. Bericht der 21. Kommission. Referent Herr Fritz Göckl. Eingeladen sind: Schmiede, Schlosser, Dreher, Klempner, Bürler, Drücker, Schmittarbeiter etc.

Der Arbeiter-Bezirksverein „Kaufer Platz“ hält heute seinen Veseabend in Ehrlich's Lokal, Naunpstr. ab. Außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter u. verw. Berufsgenossen zu Berlin: Sonntag, den 26. April, Vormittags 10 Uhr, im Wintergarten des Central-Hotel, Friedrichs- und Doornheerstrassen-Ecke, Eingang Dorothienstr. Tagesordnung: 1. Die Erhöhung der Beiträge von 0,51 auf 0,63 Pf. pro Woche und die für die Mitglieder daraus entfallenden Folgen. 2. Wäre die Krankenkasse noch zahlungsfähig, wenn von dem Fonds der alten Sterbefasse (200 000 Mtl.) nicht abgezahlt würde? 3. Wollen wir Mitglieder und dieses, ohne dagegen zu protestiren, ruhig gefallen lassen? P. S. Mitglieder!!! In dieser Versammlung wird Aufklärung gegeben über alle Euch interessirenden Angelegenheiten. Diese Tagesordnung wird wohl genügen, um selbst diejenigen in der Versammlung erscheinen zu lassen, die bis heute unserer Agitation fern standen. Mitglieder, welche nur der Sterbefasse angehören, werden aufgefordert, recht zahlreich zu erscheinen. Die Protokoll-Kommission. F. A.: A. Meyer, Skalyerstr. 144.

Vermischtes.

Folgende Auerbach-Anekdote erzählen die „Berliner Monatsblätter“. Mit einem Freunde macht Auerbach einen Spaziergang durch den Thiergarten. Zwei etwas betheiligte aussehende Kinder laufen den Weiden in den Weg. Risselndem Tone ruft Auerbach: „Sehen Sie die armen Kleinen; mein Herz treibt mich, ihnen eine Ueberrastung, eine Freude zu bereiten.“ Spricht's und greift — nach einem Baumzweig, den er abbricht und einem der Kinder überreicht mit den Worten:

